



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 74 Juli/5 2023

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

MAFIA IM ENDGERÄT

Tagesschau auf Kriegskurs

Autor: Uli Gellermann, Datum: 12.7.2023

Das TV-Gerät wirkt völlig harmlos. Millionen dieser Kästen stehen in deutschen Haushalten. Ein paar Millionen Smartphones kommen hinzu. Mit allen werden Tag und Nacht die sogenannten Nachrichten der Tagesschau empfangen. Doch was so harmlos «Nachricht» heisst, ist in Wahrheit zunehmend eine geballte Ladung von Werbebotschaften für die Waffenindustrie.

Mörderische Waffenindustrie

Wer für die mörderische Waffenindustrie arbeitet, der beteiligt sich an Verbrechen. Sowohl solche gegen das Grundgesetz als auch jene gegen die Menschlichkeit. Und wer diese Verbrechen organisiert, den kann man als mafiös bezeichnen.

Aus den Zwangsgebühren können Sie nicht aussteigen

Die ARD macht Ihnen, wie der Pate zu sagen pflegt, «ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können» – so kommt die Tagesschau ins Haus. Denn aus den Zwangsgebühren können Sie nicht aussteigen. Sie haben keine Wahl. Wenn Sie es versuchen, dann wird die GEZ, die Gebühreneinzugszentrale, andere Seiten aufziehen. Auch wenn die GEZ heute ganz harmlos «Beitragservice» heisst, die Zwangsmittel sind die gleichen.

Werbung für die Rüstungsindustrie

Nach dem Rundfunkzahlungszwang folgt immer wieder die unbestellte Werbung für die Rüstungsindustrie. Mal erzählt die Tagesschau von den gestiegenen Rüstungsexporten und kommentiert die Steigerung damit, dass sie «die enge Verbundenheit mit unseren EU- und NATO-Partnern und engen Partnerländern abbilden». Dann bemitleidet sie den Verteidigungsminister, weil dessen Etat zu klein sei.

Nachrichten unterstützen Verbrechen

Obwohl die diversen ARD-Anstalten zur Unparteilichkeit und Neutralität verpflichtet sind: Sie betreiben das Geschäft der Regierung und der ihr angeschlossenen Waffenindustrie. Ihre sogenannten Nachrichten unterstützen Verbrechen, sind also mafiös.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/mafia-im-endgeraet>

Korruptes Land im Osten – Typische ukrainische Hybris – Hier nach Demokratie schreien und zu Hause?

Mittwoch, 12. Juli 2023, von Freeman-Fortsetzung um 7:49 h



Selenskyjs Botschafterin in Bern liess kritische ukrainische Zeitung schliessen

Am 8. November 2021 wurde «ein wichtiges und wirklich unabhängiges Medium in der Ukraine zerstört». So erinnert sich der in Kiew lebende amerikanische Journalist Brian Bonner heute noch an einen der traurigsten Momente in seinem Leben. An diesem Novembertag wurde in der Ukraine die Einstellung der englischsprachigen Wochenzeitung «Kyiv Post» beschlossen. Chefredaktor Bonner und weitere 50 Journalistinnen und Journalisten wurden entlassen.

Dafür verantwortlich laut Chefredaktor Bonner: Irina Wenediktowa. Die damalige Generalstaatsanwältin der Ukraine habe sich über die kritische Berichterstattung der «Kyiv Post» geärgert und den Eigentümer der «Kyiv Post», einen Bauunternehmer aus Odessa, so sehr unter Druck gesetzt, dass dieser schliesslich das Handtuch geworfen habe, sagt Bonner. Weder der Bauunternehmer noch Wenediktowa reagieren auf die Bitte dieser Zeitung um eine Stellungnahme zu den Vorwürfen.

<https://www.tagesanzeiger.ch/ukrainische-botschafterin-schweiz-vorwurfe-gegen-iryna-wenediktowa-bern-467726097723>

Die Schweiz ist für sie der ideale Staat

Dabei spricht die Ukrainerin in letzter Zeit häufiger mit Schweizer Medien. Seit Januar 2023 ist Wenediktowa Botschafterin der Ukraine in Bern, und sie ist deutlich mehr als ihr Vorgänger um Aufmerksamkeit für sich und für ihr Land bemüht. Die 44-jährige Wenediktowa besucht diplomatische Empfänge, Wirtschaftsforen und Sportevents, sie trifft ukrainische Flüchtlinge und organisierte den Videoauftritt von Präsident Wolodimir Selensky im Parlament. In einem Interview mit der NZZ schwärmte sie von der Schweiz als «idealem Staat». In Schweizer Medien wurde sie als energische Kämpferin für Gerechtigkeit und als «Oligarchenjägerin» porträtiert.

Oligarchenjägerin? «Das war sie sicherlich nicht», entgegnet Oleksi Sorokin, Journalist bei der Onlinezeitung «Kyiv Independent»: Wenediktowas Reputation in der Ukraine sei «ziemlich übel». Für unabhängige Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft steht ihr Name stellvertretend für das Versagen der Regierung

unter Präsident Selensky, die Justiz zu reformieren, die grassierende Korruption zu bekämpfen und korrupte Oligarchen vor Gericht zu bringen.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/07/korruptes-land-im-osten-typische.html#ixzz87KbPL5DE>

«Klimaaktivisten» verantwortlich für Serie von Brandstiftungen im Raum München?

12 Juli 2023 19:14 Uhr

Laut Mediendarlegungen hat sich eine anonyme Gruppe von Klimaaktivisten zum jüngsten Brandanschlag auf Neuwagen bekannt. Bereits im Mai war es zu Anschlägen auf E-Autos der Stadtwerke und im Juni auf einen Übertragungswagen des ZDF gekommen. Ein Bekennerschreiben deutet auf Wiederholungstäter hin. Nach der Brandstiftung an Privat-Pkws tauchten im Internet mehrere Bekennerschreiben auf, München, Juni 2023.

Der bayerische Lokalsender BR24 berichtet in einem aktuellen Artikel über die Zerstörung zweier fabrikneuer SUVs auf dem Privatgelände eines Münchener Autohändlers. Bereits am Tag, dem 10. Juli, wurde laut dem Beitrag auf der linksextremen Plattform indymedia ein entsprechendes Bekennerschreiben einer nicht näher benannten Gruppe sogenannter «Klimaaktivisten» veröffentlicht. Das Ereignis reiht sich in eine Serie von Brandanschlägen, die in jüngerer Zeit an Fahrzeugen rund um München verübt wurden.

Zum aktuellen Fall heisst es:

«Erst brennen bei einem Münchner Autohändler zwei fabrikneue SUVs. Dann folgt ein anonymes Bekennerschreiben, das nun den Staatsschutz auf den Plan ruft.»

Die alarmierte Feuerwehr konnte das Übergreifen der Flammen auf das Firmengebäude verhindern. Die potenziellen Täter rechtfertigten in ihrem Schreiben die Aktion als «eine «erste Reaktion» auf den Umgang der staatlichen Behörden mit Klimaprotesten», so der BR24. Zu der vom Sender in der Überschrift genutzten Formulierung «Brandanschlag» äusserte sich die Gewerkschaft der Polizei auf Twitter wie folgt:

««Klimaaktivisten bekennen sich zu Brandanschlag auf Autos» – Wie bitte? #Brandstiftung.»

In dem Bekennerschreiben heisst es demnach:

«Wir haben deshalb als erste Reaktion in der Nacht vom 9. Juli auf den 10. Juli in einem Schnellverfahren zwei BMW SUVs durch einen Brandsatz zwangspensioniert und in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.»

Die Nachrichtenseite «Apollo News» erfuhr aus Polizeikreisen, dass das Fachdezernat 43 – «Politisch motivierte Kriminalität (Links)» des polizeilichen Staatsschutzes die Ermittlungen übernommen hat. Bezüglich einer möglichen Verbindung mit den früheren Vorfällen heisst es im Artikel:

«Es werden aktuell Zusammenhänge zu weiteren verdächtigen Brandanschlägen in München mit dem Möglichen [sic!] Hintergrund Klima-Extremismus geprüft. Eine Brandserie könne «nicht ausgeschlossen» werden.»

Die Verfasser des Bekennerschreibens bezeichneten laut BR24 den Aktionsansatz der Gruppe «Letzte Generation» als unzureichend. Der «Apollo News»-Artikel zitiert wörtlich aus dem Pamphlet mit dem Titel «Switch of the System» (auf Deutsch: «Schalte das System aus»):

«In den vergangenen Monaten wurde die Repression gegen Klimaaktivist*innen in Deutschland permanent verschärft. Jetzt hat die Berliner Staatsanwaltschaft angekündigt, in Zukunft Strassenblockierer*innen im sogenannten Schnellverfahren abzuurteilen. Wir verstehen das Vorgehen der Münchner und Berliner Staatsanwaltschaften als Angriff auf alle Aktivist*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung, nicht nur gegen die Letzte Generation.»

Die Brandstifter seien «inspiriert worden durch die Brände vom 19. Mai und 4. Juli», wie weiter aus dem Schreiben hervorgeht. Nach dokumentierten Vorfällen gegen Tesla-Ladesäulen und E-Autos zeigt sich durch die Formulierungen im Schreiben eine mögliche Tätergruppe:

«Die Planungen für ein grosses Batteriewerk in der Nähe von München lässt uns kotzen. Die Produktion von immer mehr Lithiumbatterien für die E-Mobilität hat verheerende Folgen für die Länder des globalen Südens (...).»

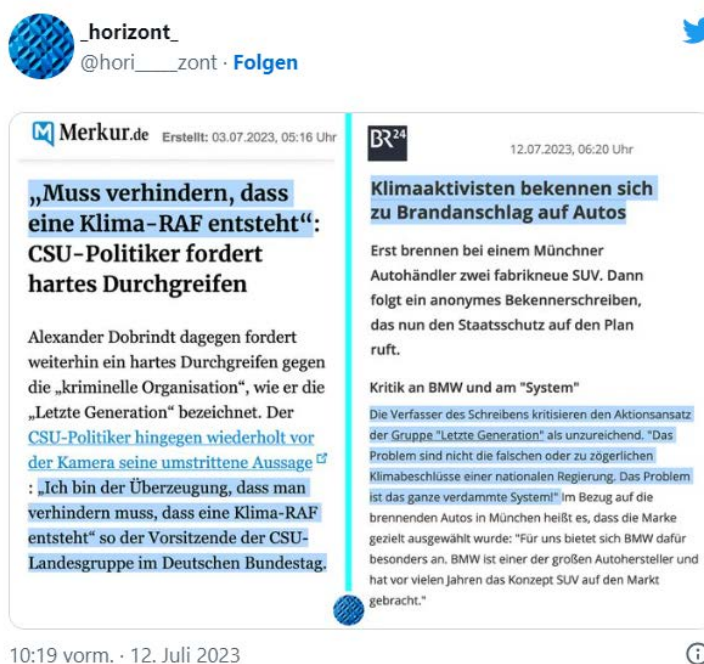


Der BR24-Artikel verweist zudem auf einen Brandanschlag von Ende Februar 2023, als weiterhin Unbekannte «in einem vergleichbaren Fall einen Porsche Panamera auf dem Gelände des Porsche-Zentrums in München-Haidhausen angezündet» hatten. An dem Fahrzeug und dem Firmengebäude entstand dabei ein Schaden von über 200'000 Euro. Im Mai titelte die AZ München: **«Brandanschlag auf E-Autos der Stadtwerke? Polizei verdächtigt Klimaaktivisten»**

An beiden Fahrzeugen entstand ein Totalschaden in Höhe von circa 100'000 Euro. Ende Juni hiess es beim Lokalsender München TV: **«Ü-Wagen in Flammen – War es Brandstiftung? Ein Übertragungswagen des ZDF ist in der Isarvorstadt abgebrannt.»**

Im Fall des im Februar abgebrannten Porsche bekannten sich laut BR24 die mutmasslichen Brandstifter auf derselben Internet-Plattform wie im aktuellen Fall und ebenfalls anonym zu dem Brandanschlag. Dieser sei «eine Rache für Lützerath» gewesen. Das nordrhein-westfälische Dorf war nach jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen mit Anwohnern und gegen den erbitterten Widerstand von Klimaschützern im Januar von der Polizei geräumt worden.

Der Münchener Polizeisprecher Sven Müller teilte der Süddeutschen Zeitung zum aktuellen Bekennterschreiben mit: «Das nehmen wir zur Kenntnis. Es ist ein Puzzlestein bei den Dingen, die wir bei den Ermittlungen prüfen.»



EIN PÄCKCHEN FÜR KIEW

Deutsche Armut wächst, deutscher Reichtum auch

Autor: Uli Gellermann, Datum: 12.7.2023

In den Medien klingt es so niedlich: Scholz schickt ein Paket nach Kiew, Ein Waffenpaket. Ob Selensky Geburtstag hat? In den Paketen werden mörderische Waffen für 700 Millionen sein. Denn Deutschland will der Ukraine weitere Waffen liefern. Wie schön für Selensky. Und wie schön tödlich für die kämpfenden Soldaten.

700 Millionen für Kiew

700 Millionen für Kiew: In Deutschland waren im vergangenen Jahr rund 17,3 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Das entspricht etwa einem Fünftel der Bevölkerung. Die «Tafeln» – das ist der vornehme Ausdruck für private Speisung der Armen, so als ob die dort mal so richtig tafeln könnten – beklagen starke Überlastung wegen wachsender Nachfrage, teils doppelt so viele Kunden, steigende Preise und deutlich weniger Spenden: Die «Tafeln» in Deutschland sprechen von einem «Ausnahmestand» und fordern Hilfe vom Staat. Der Staat hilft gerade der Ukraine, sich selbst umzubringen. Das kostet.

Panzer für 15 Millionen Euro pro Stück

Was kostet ein Leopard 2 A7V? Der kostet ungefähr 15 Millionen Euro pro Stück. Da freut sich die Waffenindustrie. Und die Russen schießen die Dinger zu Klump. Da freut sich wieder die Waffenindustrie, sie muss Ersatz verkaufen. Denn aus dem Scholz-Paket bekommt man nur 45 Panzer. Das reicht den USA nicht, die den deutschen Panzer liefern lassen, damit die Ukraine bald in die NATO kommen kann.

Mehr NATO-Stützpunkte, mehr Krieg

Was kostet ein Ukrainer? Die Kosten für einen ukrainischen Flüchtling liegen bei 4000 Euro im Monat. Aber was kostet ein toter Ukrainer? Blut und Tränen. Das ist dem NATO-Gipfel im litauischen Vilnius scheissegal. Der litauische Präsident fordert schon mal mehr und dauerhafte NATO-Stützpunkte an der Grenze zu Russland. Die Einkreisung Russlands. Das kennt man schon aus der Ukraine. Was kommt dabei heraus? Blut und Tränen. Und natürlich Profite der Waffen-Dealer.

Mehr Blut und Tränen

Anscheinend verdienen die französischen Dealer nicht genug. Deshalb schlägt Präsident Macron vorsorglich vor, der Ukraine französische Raketen mit hoher Reichweite zu liefern. Die Raketen vom Typ SCALP/Storm Shadow können Ziele im russischen Landesinneren treffen. Die Antwort der Russen wird den Krieg ausweiten. Und zu mehr Blut und Tränen führen.

Gier der USA nach Weltherrschaft

Die SCALP/Storm Shadow-Raketen waren schon an der Bombardierung von Damaskus und Homs beteiligt. Das war ein Krieg der USA, der angeblich syrische Giftwaffen beseitigen sollte. Diese Waffen hat es nie gegeben. Die Russen haben nie die USA oder Deutschland bedroht. Macht nichts, den Profit der Rüstungsindustrie gibt es aber. Und die unsägliche Gier der USA nach Weltherrschaft auch. Siehe Syrien. Und Libyen. Siehe Ukraine.

Für die Herrschaft der USA kürzertreten

Für die Herrschaft der USA müssen die Deutschen schon mal kürzertreten. Den Krieg in der Ukraine und die Linderung der Armut in Deutschland kann man sich nicht gleichzeitig leisten: Die Bundesregierung will den Zuschuss für die Pflegeversicherung komplett wegfallen lassen und den Zuschuss für die Rentenkassen kürzen. Zudem fallen in den vergangenen Jahren gezahlte Sonderzuschüsse für die gesetzliche Krankenversicherung weg. Einschnitte sind zudem beim Elterngeld vorgesehen.

Mit den USA verdienen

In Deutschland besitzen rund 2900 Menschen ein Finanzvermögen von mehr als 100 Millionen Dollar. Sie gelten damit als «Ultra High Net Worth Individuals», also Menschen mit einem extrem hohen Finanzvermögen. Ihr Anteil am Gesamtvermögen beträgt 21 Prozent. Darüber hinaus gibt es rund 520'000 Millionäre im Land, was 44 Prozent des Gesamtvermögens entspricht. Das ist jene Minderheit, die sich im Schatten der USA dumm und dämlich verdient.

Wer den Frieden will, der muss sich gegen den Profit wenden. Und gegen die USA. In unser aller Interesse.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/ein-paeckchen-fuer-kiew>

Ein Blick ins tatsächliche Deutschland (Teil 1)

Rechts oder links oder was? Ein Versuch, sich dem zu nähern, was die Menschen in unserem Lande bewegt.

Von AXEL KLOPPROGGE | Veröffentlicht vor 17 Stunden in: Zeitfragen

Die AfD liegt in Umfragen bei zwanzig Prozent und gleichauf mit der SPD, die Grünen befinden sich eher im freien Fall. In zwei Gemeinden erringt die AfD bei der Stichwahl gar die absolute Mehrheit. Die Aufregung ist gross und die verschiedensten Deutungen kursieren. Axel Klopprogge rückt in seinem Essay den Blick auf deutsche Befindlichkeiten zurecht. (Teil 1)

«Es ist falsch, wenn man die Betonung auf die Frage legt: «Wer soll regieren? Das Volk (der Pöbel) oder die wenigen Besten? Die (guten) Arbeiter oder die (bösen) Kapitalisten? Die Mehrheit oder die Minderheit? Die Partei von links oder die Partei von rechts oder eine Partei der Mitte?» Alle diese Fragen sind falsch gestellt. Denn es kommt nicht darauf an, wer regiert, solange man die Regierung ohne Blutvergiessen loswerden kann. Jede Regierung, die man wieder loswerden kann, hat einen starken Anreiz, sich so zu verhalten, dass man mit ihr zufrieden ist. Und dieser Anreiz fällt weg, wenn die Regierung weiss, dass man sie nicht so leicht loswerden kann.»

Karl Popper (1902–1994)



Foto: Christiane Birr Lizenz: CC BY-SA 2.0, Mehr Infos
 «Die Menschen in Deutschland wollen reden.
 Es ist nicht schwer, mit ihnen ins Gespräch zu kommen.
 An der Ladentheke. In der Gaststätte oder im Biergarten.»

Die offene Gesellschaft und ihre Feinde

Die einen erklären den Erfolg der Rechtspopulisten mit dem Rechtspopulismus, als könne eine Partei oder Bewegung selbst entscheiden, wieviel Erfolg sie habe. Andere meinen, das Hauptproblem sei die Zuwanderung und jede Tagesschau mit Gendersprache treibe die Wähler in die Arme der AfD. Bei den Grünen kursieren Forderungen, die AfD zu verbieten. Echt? Kann eine Fünfzehnprozentpartei eine Zwanzigprozentpartei verbieten? Oder eine Dreiundfünfzigprozentpartei wie in Sonneberg? Wer sind denn die Menschen, die AfD wählen? Ist es vielleicht das Drittel, das angeblich Gewalt gegen Frauen für akzeptabel hält? Der frühere AfD-Vorsitzende Erich Meuthen konstatierte kürzlich, die AfD propagiere inzwischen einen «völkischen Sozialismus». Das mag so sein und es ist schlimm genug, aber was hat es mit den Wählern zu tun? Die Wählerwanderungen zeigen ja, dass die Wähler der AfD keine anderen Menschen sind als diejenigen, die vorher SPD, CDU, FDP, Linke oder Grüne gewählt haben.¹ Aber warum tun es die Menschen dann?

Expeditionen zu Eingeborenen – so nah und doch so fern

Der französische Philosoph Gaspard Koenig ritt im Sommer 2020 mit seiner Stute Destinada 2500 km durch Frankreich, Deutschland und Italien – von Bordeaux über München bis Rom. Wo immer möglich wohnte er in Privatquartieren und sprach mit den Einheimischen nur in der Landessprache. Er berichtet: «Die Menschen reden nie von dem, was in den Medien vorkommt. In Paris gab es kein Dinner, bei dem nicht von Macron die Rede war. In den zweieinhalb Monaten, die ich Frankreich durchquerte, sprach ich mit Hunderten von Menschen. Nie hat jemand, ich schwöre es, Macron erwähnt.»² Aber wovon reden die Menschen dann? Was bewegt sie?

Ich selbst mache seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf unterschiedliche Weise ähnliche Erfahrungen. Während meines Studiums arbeitete ich jedes Jahr mehrere Monate als Briefträger – damals kam man noch in die Wohnungen und mit Menschen aller Schichten und Milieus ins Gespräch. Zwischen 1993 und 2013 wanderte ich zusammen mit meinem Schwager und unseren Söhnen einmal

um Deutschland herum.³ In den letzten Jahren haben meine Frau und ich fast alle deutschen Flüsse mit dem Fahrrad abgefahren. Wir sind zu Fuss von München nach Venedig gewandert.⁴ Ausserdem haben wir in einem gezielten Projekt mit dem Arbeitstitel «Deutsches Mittelmass» 25 deutsche Mittelstädte erkundet. Wir haben den Osten Deutschlands, der mir durch jährliche Familienbesuche zu DDR-Zeiten ohnehin vertraut war, so intensiv erkundet, dass meine Frau schliesslich forderte, jetzt wolle sie zur Abwechslung mal was im Westen sehen. Seit jeher habe ich beruflich die Gelegenheit und die Aufgabe, mit Menschen aller Schichten Gespräche zu führen – von der Reinigungskraft bis zum Vorstand oder Minister. Hinzu kommen noch die vielen Gelegenheiten, die der Alltag bietet – im Zug, im Geschäft, am Strand, irgendwo im Biergarten, mit dem Kellner im Restaurant, bei Familienfeiern oder im Freundeskreis. Ich habe diese Gespräche immer gesucht und ich habe sie immer geliebt. Ich habe ihnen unendlich viel zu verdanken. Ich habe unendlich viel aus ihnen gelernt, über die unterschiedlichsten Lebensmodelle, über Lebensverhältnisse, über Biografien. Ich liebe die tolerante Gelassenheit, die Weisheit⁵, das «Leben-und-leben-lassen», das die Menschen ausstrahlen.

Ich möchte diese Erfahrungen benutzen, um ein Bild von dem zu skizzieren, was die Menschen bewegt, wovon sie reden und wovon nicht. Natürlich ist dieses Bild subjektiv, aber Hunderte Gespräche und viele Beobachtungen über mehrere Jahrzehnte sind dann doch ein ordentliches Stück empirischer Sozialforschung. Und vor allem: Nicht nur ist das Bild von meiner Auswahl geprägt, sondern ich selbst und mein Blick auf die Welt wurden von diesen Gesprächen und Beobachtungen geformt.

Die Menschen wollen reden

Bevor ich zu einzelnen Themen komme, möchte ich auf das vielleicht Wichtigste hinweisen: Die Menschen in Deutschland wollen reden. Es ist nicht schwer, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. An der Ladentheke. In der Gaststätte oder im Biergarten. Man redet mit dem Nebentisch oder man setzt sich einfach dazu. In der Bahn, besonders natürlich im dichtgedrängten Fahrradabteil. Man kommt mit Jung und Alt genauso ins Gespräch wie mit Menschen, die nicht blond und blauäugig sind. Man muss keine Angst haben, irgendwo ins Fettnäpfchen zu treten. Die Menschen sind nicht zimperlich. Man kann über Berufliches und Privates genauso reden wie über Politisches oder Frivoles. Man kann auch Fragen stellen. Dann erzählen die Menschen freudig und bereitwillig. Einen Safe Space braucht hier niemand. Bisweilen zuckte ich über die indiscreten Fragen meiner Frau zusammen, aber tatsächlich hat es den Menschen nie etwas ausgemacht, sondern sie haben den Ball gerne aufgenommen, ohne Scheu oder mit einem Lachen die Frage beantwortet und ebenso offen zurückgefragt. Zwei Stichworte oder Fragen – und schon erfährt man ganze Lebensgeschichten. Nicht selten kommt man mit Wildfremden nach wenigen Minuten vertraulicher über heikle Themen ins Gespräch als mit langjährigen Freunden. Ich habe nie erlebt, dass in solchen Gesprächen den Menschen mit Migrationshintergrund irgendeine Frage unangenehm oder peinlich war. Bereitwillig erzählen sie über ihre Heimat – und manchmal ist diese Heimat einfach Deutschland. Oft machen sie sich über sich selbst und die Klischees lustig. Und natürlich redet man meistens über Themen jenseits der angeblichen Identitäten: Mit Managern redet man nicht über Management, sondern über Fussball. Mit unserer Trans-Nachbarin nicht über Transsexualität, sondern über Kräuter- und Tomatenanbau. Mit unseren schwulen Freunden nicht über Queerness, sondern über Zahnmedizin und mongolische Geschichte.

Was ich hier beschreibe, sind nicht nur die eigenen Gesprächserfahrungen, sondern jeder kann es auch beobachten. Beim alteingesessenen Italiener einer fränkischen Stadt trifft sich eine heitere und freundschaftliche Runde älterer Männer – wie sich herausstellt, waren es früher Chefärzte am örtlichen Krankenhaus. In der Kneipe einer Kleinstadt kommt der Pfarrer nach der Messe mit seinem Vikar vorbei, trinkt eine Mass Bier und redet mit diesem oder jenem. An einem Bierstand an der Werra erzählt ein Bergmann von der Arbeit untertage im Salzbergbau. In einem dörflichen Gasthof sitzen der ältere Pfarrer und eine noch ältere Frau auf der Ofenbank, trinken ihren Schoppen oder auch mehrere und erzählen sich in tiefstem Bayrisch nicht immer stubenreine Witze, bis ihnen vor Lachen die Tränen kommen. In einer Dorfkneipe auf Rügen diskutiert man an der Theke über Politik und, ob wir wollen oder nicht, werden wir nach kurzer Zeit einbezogen. Einer der Diskutanten ist wohl ein lokaler Öko-Freak mit Zopf, der andere will ständig Deutschland retten und glaubt, bei Adolf und Erich wäre schneller entschieden worden. Man streitet heftig, aber man geht sich nicht aus dem Weg, sondern trifft sich wahrscheinlich jeden Abend an diesem Ort. Bei einer Weinprobe bedankt sich meine Frau bei einem jungen schwulen Paar scherzhaft dafür, dass sie den Altersdurchschnitt des wohl situierten Publikums senkten und spontan wechseln die beiden an unseren Tisch. Ein perfekt deutschsprechender afghanischer Jugendlicher, der mit seiner grossen Familie per 9-Euro-Ticket durch Deutschland reist, fragt mich im Zug, was man eigentlich gemacht hat, als es noch kein Internet gab.

In vielen Gegenden spricht man Dialekt – in unterschiedlichen Härtegraden vom Akzent bis zu ganz anderen Worten und grammatischen Strukturen. Nach eigenen Angaben sprechen 60 Prozent der Menschen in Deutschland Dialekt. In den südlichen zwei Dritteln Deutschlands wahrscheinlich mehr als im Norden. Die regionale Mundart gibt dem Gesagten einen anderen Charakter. In der Regel duzt man sich im Dialekt. Man kann, ja man muss ungeschminkter und grober reden, aber trotzdem wirkt es weicher und herzlicher. Der

Wärmeaustausch funktioniert interessanterweise auch zwischen Menschen mit unterschiedlichen Dialekten, mehr jedenfalls als mit Leuten, die Wert auf ihr Hochdeutsch legen.

Von allen diesen Touren und Begegnungen kann ich bestätigen: Niemand spricht Gendersprache, niemand hat Sehnsucht danach. Wenn man ausdrücklich darauf zu sprechen kommt, dann rollen die Menschen nur die Augen. Eine schwäbische Altenpflegerin kommentiert: «Wenn mer sonschd nix zu do hed!» Die Menschen empfinden das Gendern als selbstgerechte Anmassung, als arroganten Eingriff in ihr Recht, frei Schnauze zu reden. Ohne dass sie diese Vokabel benutzen: Es ist für sie keine linke, sondern eine zutiefst rechte Oberschichtidee. Vor allem jedoch wird man mit einer selbstgerechten Sprache nicht an der offenen und herzlichen Kommunikation teilnehmen, die ich gerade skizziert habe. Und deshalb wird man auch nichts von dem erfahren, was ich im Folgenden zu beschreiben versuche.

Mir geht es nicht darum, eine konfliktfreie Idylle zu konstruieren. Selbstverständlich gibt es alle Probleme, Konflikte, Gemeinheiten in Gausscher Normalverteilung. Die Millionen arbeitenden Menschen in diesem Land stehen mit beiden Beinen auf dem Boden und deshalb ist ihnen nichts Menschliches fremd. Wenn man aber nicht mit ihnen redet und sich nicht einlässt auf die robuste Herzlichkeit, dann wird man auch nie den unermesslichen Reichtum sehen, der in den menschlichen Beziehungen enthalten ist.

Ein Volk auf dem Weg nach rechts? Das eigene Volk unter Generalverdacht

Im Juni 2023 wurde der jährliche Bericht der Antidiskriminierungsbeauftragten der Bundesregierung vorgestellt. Danach gab es im Berichtsjahr 8827 gemeldete Fälle von Diskriminierung aller Art, davon 43 Prozent mit rassistischem Charakter.⁶ Die Beauftragte sprach von einem strukturellen gesellschaftlichen Problem, von einer Dunkelziffer und davon, dass man mehr Meldestellen einrichten müsse. Ich wunderte mich über die Zahl: 8827 Fälle bei einer Einwohnerzahl von 84 Millionen? Das sind 0,01 Prozent! Natürlich ist jeder einzelne Fall zu viel, aber gibt es deshalb ein strukturelles Problem? Die Zahl zeigt doch eher, dass wir kein strukturelles Problem haben – und das gilt selbst dann, wenn, wie ich vermute, die Zahl der tatsächlichen Fälle viel höher liegt.

Zum Vergleich: Pro Jahr gibt es in Deutschland rund 15'000 Autodiebstähle, rund 350'000 Ladendiebstähle, 150'000 Fälle von Körperverletzung und rund 1200 Fälle von Mord. Des Weiteren 800'000 Fälle von Betrug, davon allein 70'000 Fälle von Tankbetrug. Und es soll 60'000 Satanisten und 200 Kannibalen geben. Und so weiter und so fort. In den Unternehmen, in denen ich gearbeitet habe, gab es grosse Werke mit Zehntausenden Mitarbeitern. In diesen Werken gab es alles, was es eben auch in einer mittelgrossen Stadt gibt: Diebstahl, Drogenmissbrauch und Drogenhandel, Mobbing, Prostitution, Kinderpornografie, Ausländerfeindlichkeit und Streitigkeiten zwischen Ausländern, übrigens auch Spionage – genauso wie es auch alle anderen menschlichen Eigenschaften von Fusspilz bis Raucherhusten in repräsentativer Verteilung gab. Wo Verstösse offenbar wurden, gingen wir sofort mit polizeilichen und arbeitsrechtlichen Mitteln dagegen vor, genauso wie es die Staatsanwaltschaft und Polizei im öffentlichen Raum macht. Aber sind deshalb die Menschen in Deutschland oder die Mitarbeiter von Mercedes oder Airbus alle latente Diebe, Mörder, Pädophile, Spione – und das natürlich nicht nur individuell, sondern strukturell?

Also machen wir uns auf den Weg in den Urwald zu unserem Eingeborenenstamm. Es ist viel die Rede von rechten Milieus, von einem Rechtsruck, von Rechtspopulisten. Die Vorwürfe, transphob, Klimaleugner, frauenfeindlich oder rassistisch zu sein, setzen implizit voraus, dass es in den gesellschaftlichen Werten verankert ist, nicht so zu sein – sonst müsste man ja erst einmal Überzeugungsarbeit leisten. Genauso kann der immer wieder erhobene Populismusvorwurf nur funktionieren, wenn er an etwas appelliert, was im Populus, also dem Volk an Wünschen, Werten, Erwartungen schon vorhandenen ist. Im Brennpunkt solcher Links-Rechts-Zuordnungen steht meistens ein kleiner Katalog von Themen – Frauen, Ausländer, Schwule und Klimawandel. Vielleicht noch Europa. Schauen wir uns diese Themen genauer an.

Ein Volk von patriarchalischen Frauenfeinden?

Eigentlich möchte ich zu diesem aus der Zeit gefallenem Thema gar nichts mehr sagen. Frauen machen die Hälfte der Bevölkerung aus. Sie sind überall. Sie machen alle Arbeiten, sie leiten Geschäfte. Sie sind Kanzler und EU-Kommissionspräsident oder Busfahrer und Hauptkommissar. Sie zahlen im Restaurant genauso wie Männer. Sie sprechen an und lassen sich ansprechen, genauso wie Männer das machen. Junge Frauen wandern allein über die Alpen oder sind mit dem Rad unterwegs. All diese wunderbar selbstbewussten und lockeren Frauen sind so weit entfernt von den Opferthemen, die uns ständig präsentiert werden. Nie hatte ich den Eindruck, dass diese Frauen die männliche Hälfte der Bevölkerung für unheilbar toxisch halten. Im Gegenteil: Der aktuelle Opfer-Feminismus stösst bei den selbstbewussten Frauen noch mehr auf Ablehnung als bei den Männern. Eine Unternehmerin sagte vor der letzten Bundestagswahl: «Eigentlich wollte ich die Grünen wählen. Aber als sie nach Baerbocks Fälschungs- und Plagiatsgeschichte die Frauen-Opfer-Karte zogen, waren sie für mich gestorben.» Generell ist mein Eindruck, dass die selbstbewussten Frauen noch vehementen gegen Frauenquoten sind als die Männer. Die Männer sagen meist gar nichts mehr dazu und halten sich an Wilhelm Buschs Regel: «Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.»

Vom Vorwurf der Frauenfeindlichkeit habe ich bei meinen Gesprächen nie etwas gehört. Im Gegenteil, während wir Männer die Frauen sowieso ganz wunderbar finden, reden Frauen oft sehr selbstkritisch oder auch selbstironisch über sich und ihre Geschlechtsgenossinnen. Man lästert über Männer, man lästert über Frauen, ohne auch nur im Entferntesten in diese toxischen Verdächtigungen und Schuldzuweisungen abzurutschen. Man kann Komplimente machen. Man darf frivol sein – und die Frauen sind es auch. Die meisten schmutzigen Witze habe ich sowieso von Frauen gelernt. Ich liebe seit jeher die lockeren selbstbewussten Frauen, die Arbeiterinnen, die Geschäftsfrauen, die Bäuerinnen, aber auch die Mütter, die Haushalt und Familie managen. Ich erkenne hier das, was Simone de Beauvoir sich wünschte und was sie schon vor 70 Jahren den arbeitenden Frauen zuschrieb.⁷

Ein Volk von Homophoben und Transphoben?

In all den Gesprächen ist mir nie begegnet, dass man abwertend über Schwule und Lesben geredet hätte. Und auch Transsexuelle waren nie ein Thema. Die Menschen sind weder schockiert vom Christopher Street Day noch von Dragqueens im Fernsehen. Das alles ist für Menschen nicht im Entferntesten so wichtig, wie es die mediale Aufregung erscheinen lässt. Und selbst wenn es wirklich nicht ihr Ding sein sollte, dann läuft es einfach mit in der ganz normalen alltäglichen Toleranz oder von mir aus auch Gleichgültigkeit, die die Menschen im Alltag gegenüber vielen Dingen praktizieren, die von ihrem Geschmack abweichen. Bei der Behauptung, dass das biologische Geschlecht nicht binär und sowieso nur ein gesellschaftliches Konstrukt sei, steigen die Menschen allerdings aus. Schliesslich wissen die meisten aus eigener Erfahrung, wie man Kinder macht. Und auf dem Land erleben sie auch im Stall eine ziemlich binäre Geschlechtlichkeit. Während sie über solche Theorien eher grosszügig lächelnd hinweggehen, finden sie es weniger lustig, wenn der Bevölkerung in den Medien ständig Transphobie, Misogynie und ähnliche Dinge unterstellt werden. Sofern man die Schwulen überhaupt noch besonders bemerkt: Sie sind einfach zu einem bestimmten Prozentsatz ganz normal dabei, bei der Arbeit, in Hotels und Restaurants oder als Minister. Niemand hält sich damit auf. Und ebenso wenig möchten die Menschen unter irgendeinen Generalverdacht gestellt werden.

Ein Volk von Klimaleugnern?

Umweltschutz ist seit vielen Jahren, ja seit Jahrzehnten in der Mitte der Bevölkerung angekommen. Die Menschen sind gerne in der Natur. Sie geniessen es, dass die Flüsse und Seen sauber sind. Sie trennen Müll und halten ihre Kinder zu umweltfreundlichem Verhalten an. Obwohl die meisten nie Hunger erlebt haben, mögen sie es nicht, Essen wegzuerwerfen. Der typische Deutsche, der ohne Rücksicht auf Umwelt und Tierschutz jeden Tag drei Schnitzel und zwei Schweinshaxen verschlingt, ist mir nicht begegnet. Die Menschen hängen auch nicht an stinkenden Auspuffen (die es ohnehin schon lange nicht mehr gibt), sondern werden ohne Weiteres ein Elektroauto fahren, wenn es die nötige Praxistauglichkeit hat und bezahlbar ist. Sie machen keinen Ölwechsel über dem Gullideckel. Es gibt keine wilden Müllkippen mehr, aber in jedem Ort eine Kläranlage. Und die Menschen haben längst verstanden, dass der Klimawandel ein entscheidendes Thema ist, dem wir uns widmen müssen und dass bestimmte Dinge genauso verändern wird wie frühere Massnahmen des Umweltschutzes.

Trotzdem gibt es ein grosses Unverständnis gegenüber «Fridays for Future» und noch mehr gegenüber den Klimaklebern der «Letzten Generation». Und dies hat beileibe wenig mit Alt gegen Jung, mit Babyboomer gegen «Gen Z» zu tun. Es hat auch – anders als in Zeitungsberichten oder Talkshows zu hören – wenig damit zu tun, dass sich die Leute auf dem Weg zur Arbeit von Verkehrsstaus gestört fühlen. Nein, wie schon oft bei Streiks gesehen, haben die Menschen im Prinzip viel Verständnis für Protestaktionen, selbst wenn sie von den Folgen betroffen sind. Im kleinstädtischen oder ländlichen Raum wurden die Pendler sowieso nicht gestört. Der Groll, ja eine regelrechte Verachtung beruht auf einem ganz anderen Gedankengang: Für die arbeitenden Menschen, die in ihrer Arbeit jeden Tag erleben, dass man nicht erntet, wenn man nicht säht, dass der Abfluss nicht frei wird, wenn man ihn nicht repariert, dass man keine Kunden hat, wenn man nicht um sie wirbt – diese Menschen verstehen nicht, dass man angeblich ein unendlich wichtiges Anliegen vertritt, aber dann nichts für reale Lösungen tut, sondern Freitags das Lernen einstellt, sich festklebt, Bilder mit Suppe begiesst oder unablässig in Talkshows lamentiert, dass nicht genug passiert und sowieso noch nie was passiert sei.

Der Eigentümer eines Handwerksbetriebs, mit dem wir auf dieses Thema kamen, dachte überhaupt nicht an pro oder contra Klima, sondern verfolgte eine ganz andere Gedankenkette: Die ganze Bau- und Handwerks-Branche hat mit furchtbarem Arbeitskräftemangel zu tun. Es geht nur noch mit Arbeitskräften aus anderen Ländern – Menschen, die jede mögliche Stunde arbeiten und unter schrecklichen Bedingungen leben, nicht weil die Arbeitgeber ihnen zu wenig zahlen, sondern weil sie möglichst viel nach Hause schicken wollen. Ähnliche Geschichten haben wir immer wieder gesehen – etwa in Hotellerie und Gastronomie. Viele Menschen haben grossen Respekt gegenüber den Arbeitsmigranten, die an vielen Stellen den Betrieb aufrechterhalten. Umso mehr ärgern sie sich über Diskussionen unter der Fahne «Work-Life-Balance», über Meldungen, dass die Zukunft der Arbeit mit dem Laptop am Strand stattfindet, über die Bahn, die mit Home-

office wirbt oder über Werbesprüche wie «Für eine Welt, in der Innovationen reibungslos verlaufen». Handelnde Menschen wissen, dass in der realen Welt nichts reibungslos zustande kommt, nicht einmal das Backen eines Kuchens, geschweige denn Innovationen. Und sie wissen, dass man realen Problemen nur durch reale Lösungsarbeit zu Leibe rücken kann.

Ein Volk von Kolonialisten?

Aussenpolitik spielt in solchen Gesprächen eigentlich keine grosse Rolle – erstaunlicherweise nicht einmal der Ukraine-Krieg. Irgendwelche Rufe nach «Raus der EU» habe ich in all den Jahren nicht vernommen. Natürlich nehmen die Leute an, dass eine europäische Regierung noch weiter weg ist von ihrer Alltagsrealität als eine Bundesregierung, der sie das ja auch unterstellen. Aber die Menschen schätzen und nutzen den grenzenlosen europäischen Raum. Ich habe in all den Jahren niemanden getroffen, der wieder Grenzkontrollen oder nationale Währungen zurückhaben wollte. Natürlich wird es auch Menschen geben, die so denken, aber dass hier ein grosser rechter Mob an den Ketten zerrte und nur mit Mühe am Ausstieg aus EU und NATO gehindert werden könnte, kann ich nicht erkennen.

Nichts könnte weiter weg sein von irgendeiner Lebenswirklichkeit der Menschen als die Behauptung, wir müssten jetzt, über hundert Jahre nach unserem ohnehin kümmerlichen Kolonialbesitz, irgendeine kolonialistische Schuld abtragen – allein schon, weil wir Weisse sind. Wer die Geschichte um die Rückgabe der Benin-Bronzen registriert hat, lacht über die Posse. Die Vorfahren der meisten Menschen in Deutschland waren übrigens weder Sklavenhalter noch Sklavenhändler, sondern selbst Sklaven – nämlich Leibeigene auf den Gütern adeliger oder kirchlicher Grundbesitzer.

Ohne diesen Begriff zu verwenden, empfinden es die Menschen als «kolonialistisch» und auf jeden Fall als peinlich, wenn die Aussenministerin überall in der Welt als moralische Zuchtmeisterin auftritt – vor allem dann, wenn man fünf Minuten später wegen Rohstoffen und Handelsbeziehungen den Kotau macht. Das Gleiche gilt für den Binden-Auftritt der Innenministerin bei der Fussball-WM. Ausser Cem Özdemir selbst interessiert sich in Deutschland niemand für den türkischen Migrationshintergrund unseres Landwirtschaftsministers. Aber die Menschen fanden es peinlich, dass ein deutscher Minister den türkischen Wählern auf Türkisch erklärt, was sie wählen sollen.

Die Menschen fanden es nicht gut, als Trumps Botschafter in Deutschland der Bundesregierung Ratschläge geben zu müssen glaubte. Und gleichermassen empfinden sie es als anmassend, wenn deutsche Politiker dasselbe mit anderen Ländern machen. Viele Menschen haben polnische Kollegen oder Handwerker und reden mit ihnen, vielleicht auch über die Lage in Polen. Weder die PIS in Polen noch Orban in Ungarn haben sich selbst an die Regierung gebracht, sondern sie wurden von einer Mehrheit der Menschen gewählt – vielleicht vom genannten Kollegen oder Handwerker, der dafür Gründe hatte.⁸ Für die Menschen ist die Beziehung Deutschlands zu anderen Ländern so etwas wie eine Beziehung zu Arbeitskollegen oder Geschäftspartnern, also zu jemand auf gleicher Ebene, und sie stellen sich vor, dass sie in ihren Arbeitsbeziehungen wenig Lust auf einen Oberlehrer hätten.

Ein Volk von Rassisten?

Migration soll einer der grössten Punkte der Unzufriedenheit sein, wegen dessen die Menschen AfD wählen. Seltsam: In all den Jahrzehnten kann ich mich an keine Situation erinnern, wo über Migranten oder Menschen, die nicht blond und blauäugig waren, einfach wegen ihrer Herkunft abfällig geredet wurde. Nicht einmal vor zwanzig Jahren in den Neuen Bundesländern, als dort 20 Prozent Arbeitslosigkeit herrschte und man leicht irgendwelche Legenden konstruieren konnte, dass die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Ich weiss, dass das kein vollständiges Bild ist und gewiss gab es den NSU und Ausfälle gegen Zuwanderer, allein schon, weil es alles gibt in einer Gesellschaft von 84 Millionen Menschen. Aber ich wollte es dennoch bewusst erwähnen, weil es trotz seiner Unvollständigkeit der Alltagsrealität näherkommt als die reflexartige Etikettierung von allem und jedem als Rassismus, vor allem als ein Rassismus, der nicht nur als Effekt, sondern bereits als Absicht unterstellt wird.

Deutschland ist seit jeher ein Einwanderungsland und das sieht man allenthalben. Aber niemand redet von «Entvolkung» – allein schon deshalb, weil niemand so schwülstige Begriffe benutzt. Die Menschen erleben doch jeden Tag, was sie an Zuwanderern haben. Die Zuwanderer arbeiten überall. Wenn alles geschlossen ist und die Deutschen ihre Work-Life-Balance pflegen, haben die türkischen Dönerbuden und die Vietnamesen geöffnet. Und man redet miteinander. Mehr als einmal habe ich erlebt, wie Migranten die Deutschen gegen den Vorwurf des Rassismus verteidigt haben. Und wunderbar wird es, wenn Migranten genauso über ihre eigene Herkunft witzeln, wie das Deutsche verschiedener Gegenden untereinander machen. Und genauso wenig wie Bayern oder Sachsen stören sich die Migranten an der angeblich so verpönten Frage: «Woher kommst du?» Türkische Gemüsehändler, italienische oder griechische Restaurants, osteuropäische Handwerker und vieles mehr sind längst Teil der «deutschen» Alltagskultur geworden. Und ich bin sicher, das wird auch mit denen passieren, die in den letzten Jahren aus weiter entfernten Kulturen gekommen sind.

Zum Beispiel so: Einen biederen Handwerker, der – um das Klischee zu vollenden – auch noch Taubenzüchter war, fragte eine syrische Familie, ob sie den Taubendreck haben könnte. Misstrauisch fragte er, wozu sie das denn brauchten – vielleicht dachte er an Ammoniak zum Bombenbau. Die Syrer antworteten, sie hätten einen kleinen Gemüsegarten und wollten damit düngen. Der Taubenzüchter gab ihnen den Taubendreck und nach einiger Zeit stand die syrische Familie mit Gemüse vor der Tür und lud zu einem syrischen Essen ein. Heute trifft man sich regelmässig und der brave Taubenzüchter wurde zum Fan der orientalischen Küche. Wie muss man eine solche Geschichte deuten? War der Taubenzüchter Rassist wegen seines Vorurteils? Oder ist es nicht vielmehr ein wunderbarer Beweis, dass Vorurteile überwunden werden können, wenn Menschen ins Gespräch kommen.

Ein solcher Prozess braucht Zeit, aber man kann überall beobachten, dass er funktioniert. Auch hier im Ort war es am Anfang einfach ungewohnt, als die ersten Schwarzafrikaner auftauchten. Aber inzwischen hat man sich daran gewöhnt. Weisse und schwarze Mädchen freunden sich an und laufen nach der Schule ganz normal Hand in Hand nach Hause. Und auf den Fussballplätzen des Sportparks sind schwarze Jugendliche eine ganz normale Erscheinung – und wahrscheinlich die heimlichen Stars jeder Mannschaft.

Eine wichtige Rolle spielt der ganze Bereich der Arbeit. Für die urbane Mittel- und Oberschicht mag die Zusammenarbeit mit Migrant*innen etwas Neues sein, aber in den Fabriken, in Handwerksbetrieben, in Krankenhäusern und Pflegeheimen, bei der Müllabfuhr und anderen öffentlichen Dienstleistungen, in Gastronomie und Hotellerie ist die Zusammenarbeit mit Migrant*innen seit Jahrzehnten Alltag. In dem Unternehmen, wo ich Aufsichtsrat bin, besitzen die 2500 Mitarbeiter 80 verschiedene Nationalitäten. Natürlich gibt es jede Sorte von Problemen und niemand hätte etwas gegen ein bisschen weniger Diversität, aber am Ende bekommt man es hin. In Arbeitsteams, egal ob rein Deutsch oder gemischt, wird ständig gehänselt, aber Arbeit verbindet und im Zweifel hält man zusammen wie Pech und Schwefel – zum Beispiel gegen den Vorgesetzten oder einen nervigen Kunden. Das habe ich in meiner Zeit als Briefträger täglich erlebt. Arbeit schafft Respekt füreinander (oder eben nicht – gegenüber dem Deutschen oder Migrant*innen, der nicht gut arbeitet).

Die Grünen-Politikerin Claudia Köhler, die sich seit 2015 viel für die Arbeitsintegration von Flüchtlingen eingesetzt hat, hat recht, wenn sie Arbeitgebern rät, keine Angst zu haben, etwas falsch zu machen: «Zu viel Vorsicht kann mehr ausschliessen als der robuste Umgangston im Arbeitsalltag. Gemeinsames Arbeiten ist einfach die beste Form der Integration. Es strukturiert den Tag, es zwingt Menschen zur Kommunikation. Ja vielleicht ist Arbeitsintegration gerade wegen ihrer Robustheit die einzige Form der Integration, die wirklich funktioniert.»⁹ Und nicht nur Kollegen, sondern auch die Kunden haben sich nicht nur längst daran «gewöhnt», sondern sie sind froh, dass es diese Menschen gibt und dass sie dazu beitragen, das Land am Laufen zu halten. Wenn Menschen schimpfen oder lästern, dann nicht über Migrant*innen, sondern eher über junge Deutsche, die nach ihrer Meinung keine Lust mehr zum Arbeiten haben.

Niemand im Volk verlangt danach, dass ein Politiker einmal pro Woche etwas gegen Flüchtlinge raushaut, um irgendwen an irgendeinem imaginären rechten Rand mitzunehmen. Ein Populismus, der an etwas appelliert, was der Populus gar nicht will, ist nicht nur schädlich, sondern auch dämlich. Vor einigen Jahren gingen in Bayern die CSU-nahen Handwerker auf die Barrikaden, als die CSU-Regierung die Arbeitsintegration von Flüchtlingen willkürlich erschwerte und hintertrieb.

Ist also alles erfunden und gibt es gar kein Problem? So einfach ist es leider nicht. Natürlich gibt es riesige Probleme, wenn innerhalb kurzer Zeit und ohne Planung und Vorbereitung Hunderttausende Menschen aus fernen Gegenden zu uns kommen – wie sollte es anders sein! Und es gibt eine Reihe von Dingen, die die Menschen gewaltig ärgern – und die hier ansässigen Menschen mit Migrationshintergrund nicht weniger als die Bio-Deutschen. Die Menschen gehen davon aus, dass für diejenigen, die nach Deutschland kommen, erst einmal die Regeln und Werte Deutschlands gelten – so wie die meisten Deutschen im Ausland auch die dortigen Normen und Werte einzuhalten versuchen. Dies beginnt mit der Sprache. Die gewiss unverdächtige Grünen-Politikerin Claudia Köhler rät Unternehmern und Arbeitskollegen: «Immer Deutsch mit den Geflüchteten sprechen – gnadenlos. Nicht eigene Fremdsprachenkenntnisse einsetzen, um es den Geflüchteten vermeintlich leichter zu machen.» Die Menschen verstehen nicht, warum Weihnachtsmärkte nicht weiter Weihnachtsmärkte heissen sollen, zumal kein Migrant oder Flüchtling eine Umbenennung verlangt hat.¹⁰ Sie verstehen nicht, warum Anerkennungsverfahren so lange dauern und man auf diese Weise eine grosse Gruppe von Menschen schafft, die ohne Bleibeperspektive und ohne Arbeitserlaubnis irgendwo rumlungern. Die Menschen verstehen nicht, dass die meisten Straftäter aus der Gruppe der Flüchtlinge vor ihren schweren Straftaten schon länger als Gefährder bekannt waren, aber nicht abgeschoben wurden. Die Menschen verstehen nicht, warum man über Jahre akzeptiert, dass es No-Go-Areas mit Clanstrukturen gibt, in welche sich selbst die Polizei nicht mehr hineinwagt. Sie verstehen nicht, was daran rassistisch sein soll, solche Strukturen aufzubrechen. Die Menschen verstehen nicht, warum man sagen darf, dass ein Verdächtiger reich, männlich oder jung ist, aber nicht, dass er aus Algerien stammt. Die Menschen verstehen nicht, wenn unter dem Schutz der Religionsfreiheit islamistische Radikalisierungen stattfinden. Die Leute verstehen nicht, wie ein vernünftiger Unterricht stattfinden soll, wenn in manchen Vierteln nur noch eine Minderheit der Schüler Deutsch spricht.

Das alles hat nichts mit irgendeinem Rassismus zu tun. Die Menschen verstehen nämlich umgekehrt auch nicht, warum man Flüchtlinge, die schon in den Arbeitsprozess integriert waren und sogar Steuern bezahlen, plötzlich herausreisst und in die Gemeinschaftsunterkünfte zurückschickt. Die Menschen verstehen ebenso wenig, warum man nicht die Einheimischen, die in Afghanistan für die Deutschen gearbeitet haben, nach allen Kräften vor der Rache der Taliban schützt, d.h. nach Deutschland bringt.

Im 500 Einwohner-Dorf Upahl in Mecklenburg-Vorpommern sollten ohne vorherige Abstimmung 400 Flüchtlinge in Containern untergebracht werden. Der Widerstand der örtlichen Bevölkerung wurde in den Medien sofort als rassistisch gedeutet. Man schaue sich die Berichterstattung in der taz an, in der sofort von «Nazidorf», von Parallelen zu Rostock 1992 und «völkischen Siedlern» die Rede ist und natürlich alles mit ostdeutscher Sozialisation erklärt wird. Und Tagesschau oder Süddeutsche Zeitung sind nicht weit von solchen Schnellurteilen entfernt. Basisdemokratie und zivilgesellschaftliches Engagement gibt es offenbar nur für ausgewählte Anliegen.¹¹

Man stelle sich vor, in den Münchener Nobelvierteln, in denen die Grünen stärkste Partei, aber die Ausländeranteile unterdurchschnittlich und die Waldorfschulen typischerweise ausländerfrei sind, würden plötzlich ohne Abstimmung mit der Bevölkerung in demselben Massstab wie in Upahl Flüchtlinge untergebracht: 18'000 Flüchtlinge im Stadtteil Solln mit seinen 23'000 Einwohnern. 76'000 Flüchtlinge in Bogenhausen mit 95'000 Einwohnern. Würden die Bogenhausener und Sollner einen solchen Zuzug fröhlich als kulturelle Bereicherung begrüßen? Wohl kaum! Aber wie würden sie die Ablehnung begründen? Vielleicht damit, dass Container und Tragflughallen die Lebensräume seltener Tierarten am Isarufer bedrohen? Oder würden sie im Sinne feministischer Integrationspolitik zu bedenken geben, dass die meist muslimischen Männer ein archaisches Frauenbild hätten – und deshalb lieber bei den «völkischen Siedlern» in Upahl untergebracht werden sollten?

Die Gemeinden, egal von welcher Partei sie geführt werden, klagen über die Belastungen durch simple organisatorische Probleme und natürlich über die Kosten. Die Bürger und auch die zuständigen Mitarbeiter in den Ämtern ärgert zum Beispiel, wenn plötzlich in der grössten Wohnungsnot Wohnraum problemlos zur Verfügung steht, weil die öffentliche Hand für die Unterbringung Mieten zahlt, die normal arbeitende Privatleute nicht aufbringen können – sozusagen eine neue Variante des Airbnb-Problems. Arbeitende Menschen wissen, welch gefährlicher Cocktail gebraut wird, wenn Flüchtlinge jahrelang auf engem Raum in Gemeinschaftsunterkünften herumlungern. Die Menschen sind hilfsbereit gegenüber syrischen ebenso wie ukrainischen Flüchtlingen und sie suchen nach Lösungen, aber es ärgert sie, wenn jeder Hinweis auf Probleme in den Medien sofort als rassistisch gedeutet und mit rechten Gruppierungen in Verbindung gebracht wird, während gleichzeitig der Protest weniger Klimakleber zum unverzüglichen Handlungsauftrag hochstilisiert wird.

Eine andere letzte Generation?

Obwohl all dies die Menschen ärgert, falls es in der Nähe stattfindet und etwa das ordentliche Funktionieren von Schulen beeinträchtigt: Es ist in den Gesprächen gar nicht das beherrschende Thema. Grösste Sorge vieler Ladeninhaber, Gastwirte, Handwerker und sonstiger kleiner Unternehmer ist der Personalmangel – und zwar nicht nur von Fachkräften, sondern von Arbeitskräften generell. Und nach den Geschäftsleuten spüren es bald die Kunden und jeder Einwohner. Als Durchreisender merkt man es vielleicht an geschlossenen Geschäften oder Gaststätten, aber Einheimische bestätigen, dass es für viele Felder gilt, für Ärzte, Schulen, Handwerker und den öffentlichen Personenverkehr. In einer zufällig entdeckten Mitteilung auf meiner Bahn-App heisst es: «Durch Engpässe an einsatzbereitem Personal kann das Stellwerk in Halle-Nietleben bis einschliesslich 9. Dezember 2023 zeitweise nicht besetzt werden» – mit gravierenden Auswirkungen auf den Bahnverkehr zwischen Halle und Leipzig. Irgendwann reissen die örtlichen Dienstleistungsnetzwerke, so wie im Grossen die Lieferketten unterbrochen werden. Mobilfunkabdeckung fehlt nach wie vor an vielen Stellen. Nicht nur in abgelegenen Dörfern, sondern auch in Klein- und Mittelstädten stellt sich die Frage, ob man noch dort leben kann. Vor zwanzig Jahren habe ich in den neuen Bundesländern trostlose Dörfer durchwandert mit Armut, Verfall, Entvölkerung. Heute sind es scheinbar propere Orte in Ost wie in West, die zunehmend einen trostlosen Eindruck machen. Läden schliessen wegen Personalmangel. Dinge werden nicht in Ordnung gebracht. Wie früher in der DDR gehört es heute zum Alltag, dass statt der Reparatur nur ein Schild «Defekt» angeheftet wird. Ältere Gastwirte und andere kleine Unternehmer, die jahrzehntelang erfolgreich gearbeitet haben und denen es auch heute nicht an Kunden fehlt, fühlen sich tatsächlich wie eine Art «Letzte Generation».

Ein Unternehmer ereiferte sich, dass man mit weniger als 4000 € im Monat kaum eine Familie ernähren könne. Und er forderte, dass der Staat bis zu solchen Grenzen keine Steuern erheben sollte. Ich selbst habe als junger Mitarbeiter erlebt, dass auch mit einem guten Einkommen die Bäume nicht in den Himmel wachsen, wenn man als Alleinverdiener in einem Ballungsraum eine vierköpfige Familie ernähren muss. Wenn ich sehe, mit welchen Einkommen Halbtagskräfte in Hilfstätigkeiten trotzdem Allein- oder Hauptverdiener sind, dann frage ich mich oft, wie um Himmels willen sie damit in München oder Stuttgart überleben.

Etwas anderes ist aber noch seltsamer: Wenn man mit diesen Menschen spricht, dann jammern sie als erstes überhaupt nicht über die Bezahlung und selbst wenn man sie Wünsche äussern lässt, dann kommen recht moderate Forderungen. Arbeiter, Kellner, Unternehmer beklagen dagegen gleichermassen die mangelnde Wertschätzung von Arbeit, nicht nur was die Bezahlung betrifft, sondern einfach den Respekt für Arbeit als Quelle jeder Wertschöpfung. Ein Trupp von Handwerkern oder Bauarbeitern kommt nach der Arbeit müde und in schmutziger Arbeitskleidung in die Kneipe. Sie wollen nicht bemitleidet werden, sondern wissen, dass sie heute etwas geleistet haben – ihre Arbeit enthält mehr «Purpose», als sich diejenigen vorstellen können, die ständig von Purpose reden. Sie wollen einfach ein Bierchen trinken und über Fussball, Urlaubsziele, technische Probleme oder den Chef reden. Pflegekräfte lieben ihre Arbeit, aber mehr und mehr ärgert sie nicht nur die Bürokratisierung ihrer Tätigkeit, sondern auch das Mitleid in der öffentlichen Diskussion. Es erweckt den Eindruck, dass Pflegekräfte zwar besonders gute Menschen, aber auch ein bisschen blöd seien.

In Stellenanzeigen zu vielen höchst nützlichen Berufen ist viel von abstrakten Anforderungen wie Teamgeist oder Selbstständigkeit und von Aufstiegsperspektiven und Diensthandy die Rede, aber wenig von dem, um das es doch geht: Bei der Putzkraft um das Toilettenreinigen, beim Kfz-Mechaniker ums Autoreparieren, beim Friseur ums Haareschneiden, bei der Küchenhilfe ums Kartoffelschälen.¹² Schämen wir uns solcher Tätigkeiten, auf die wir doch alle angewiesen sind? Neulich habe ich eine Studie ausgewertet, in der als Anfangshypothese vorausgesetzt wurde, dass Fabrikarbeit und körperliche Arbeit etwas so Schlimmes seien, dass Menschen allein schon deshalb zu rechtsradikalen Parteien neigten – die Befragten fanden aber ihre Arbeit gar nicht schlimm.¹³ Der ehemalige SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück wirft seiner eigenen Partei, den Sozialdemokraten vor, sich von den Alltagsorgen in der Bevölkerung entkoppelt zu haben. «Wie die Sozialisten in Frankreich ist auch die SPD in Gefahr, sich mehr um Antidiskriminierungspolitik und Lifestyle-Themen zu kümmern und darüber die Befindlichkeiten der Mehrheitsgesellschaft ausser Acht zu lassen.» Glauben wir, dass die Millionen arbeitenden Menschen eine solche Haltung als links und fortschrittlich empfinden? Und ist es ein Wunder, wenn der Müllmann Marcel Pütz in einem Zeitungsinterview lakonisch darauf hinwies, dass die Arbeiter sowieso längst AfD wählten?¹⁴

Oder vielleicht ein Volk ehrlicher Menschen?

Kein Mensch mit Lebenserfahrung ist naiv hinsichtlich dessen, was passiert und was passieren kann. «Caveat emptor» (Der Käufer möge aufpassen) war schon ein Prinzip des Römischen Rechtes. Aber dennoch sieht die alltägliche Realität anders aus. Die Menschen sind ehrlich. Ein Beispiel: Kürzlich hatte ein Verwandter beim Losfahren die Papiere auf dem Autodach liegen lassen und trotz sofortigem Suchen hatten wir sie nicht mehr wiedergefunden. Die Geldbörse enthielt alle Ausweise, Kreditkarten, Autopapiere und eine ordentliche Menge Bargeld. Ich war guten Mutes, dass die Brieftasche wieder auftauchen würde. Und so war es auch. Am nächsten Tag rief die Polizei an, dass die Brieftasche von einem ehrlichen Finder abgegeben worden sei. Nichts fehlte. Meine Verwandten besuchten die Finder – eine Familie aus Ex-Jugoslawien, die auf engem Raum lebte und das Geld bestimmt hätte gebrauchen können. Niemand hätte es herausgefunden, wenn sie es für sich behalten hätten – haben sie aber nicht, sondern stattdessen den weiten Weg zur Polizeiwache zurückgelegt. Natürlich hat mein Verwandter sich revanchiert, aber das war gar nicht so wichtig. Die Finder fuhren Kaffee, Kuchen und Schnäpse auf und man erzählte sich Geschichten aus dem Leben. Solche Verhaltensweisen habe ich immer wieder erlebt, zum Beispiel als ich in meiner Studienzeit als Briefträger mit viel Geld unterwegs war und mich natürlich hin und wieder verzählte. Bei vielen meiner mittelständischen Kunden gab es nicht ein Stück Papier Vertragsvereinbarung. Es war einfach klar, dass keiner den anderen übers Ohr hauen würde. Oft genug wurden die Rechnungen vor der Zahlungsfrist beglichen. Natürlich gibt es kriminelle Energie und natürlich wird Vertrauen bisweilen missbraucht. Aber das ist der Preis, den man für den viel grösseren Nutzen des Vertrauens bezahlen muss. Einen grossen Teil regeln die Menschen unter sich – man macht eben keine Geschäfte mit Leuten, denen man nicht vertraut. Oder es ist einfach ein Fall für Polizei und Gerichte. Es entspricht nicht den Tatsachen, dass man alle Unternehmer, alle Männer oder gleich die ganze Gesellschaft unter Generalverdacht stellen müsste und für alle diese Themen Meldestellen, Beauftragte, Awareness Teams oder gar Denunziationsportale einrichten sollte. Das ärgert die Menschen, vor allem dann, wenn die Moralapostel mit ihren eigenen Verfehlungen äusserst grosszügig umgehen – von Fälschung des Lebenslaufs über Missmanagement einer Flutkatastrophe oder der Schulen in der Coronazeit bis zur Unfähigkeit, eine Wahl zu organisieren.

Fortsetzung: Teil 2 des Artikels erscheint am Freitag, 14. Juli.

Der Autor

Dr. Axel Klopprogge studierte Geschichte und Germanistik. Er war als Manager in grossen Industrieunternehmen tätig und baute eine Unternehmensberatung in den Feldern Innovation und Personalmanagement auf. Axel Klopprogge hat Lehraufträge an Universitäten im In- und Ausland und forscht und publiziert zu Themen der Arbeitswelt, zu Innovation und zu gesellschaftlichen Fragen. Er ist Mitbegründer des renommierten Goinger Kreises. Gerade erschien sein Buch «Methode Mensch oder die Rückkehr des Handelns».

Quellen und Anmerkungen:

- 1 Zum Thema «Wie reden wir über Arbeit?» vgl. Klopprogge, Axel / Deller, Jürgen / Eberhardt, Carola / Heuer, Katharina / Hoyndorf, Karen, Überbrückungshilfe. Zusammenhalt der Gesellschaft – wodurch er gefährdet wird und was wir in Unternehmen für ihn tun können. Eine Studie des Goinger Kreises 2022 <https://www.goinger-kreis.de/files/theme-goinger-kreis/downloads/themen/gesellschaftlicher-zusammenhalt/goinger-kreis-studie-ueberbrueckungshilfe.pdf> S.32ff.
- 2 Beck, Linda / Westheuser, Linus, Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen, Berliner Journal für Soziologie 32 (2022) S.279-316; siehe demgegenüber Klopprogge, Axel / Burmeister, Anne / Erdmann, Christina / Jakobi, Eberhardt / Mauterer, Heiko / Sauerwein, Nadja, Ortsbesichtigung. Warum manche Arbeiten an Orte gebunden sind und wie sich das durch die Virtualisierung verändern könnte. Eine Studie des Goinger Kreises 2022 https://www.goinger-kreis.de/files/theme-goinger-kreis/downloads/themen/new-work/Goinger-Kreis_Studie_Ortsbesichtigung-zu-New-Work.pdf
- 3 Schäfer, Christoph, «Die Leute sind nicht umweltbewusster», FAZ 23.12.2019
- 1 Am grössten war der Sprung bei der Bundestagswahl 2017: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/753486/umfrage/waehlerwanderung-von-und-zu-der-afd-bei-der-bundestagswahl/>
- 2 F.A.Z. 29.09.2020
- 3 Bulla, Wilhelm / Klopprogge, Axel / Lanz, Dieter / Klopprogge, Moritz, Grenzgänger. 21 Jahre Deutschland, Ostfildern 2016
- 4 Klopprogge, Axel, Wandern in Zeiten der Cholera. Zu Fuss über die Alpen im Sommer 2020, Unterhaching 2021
- 5 Gaspard Koenig spricht in diesem Zusammenhang von „les sages“.
- 6 <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2022.html>
- 7 Simone de Beauvoir, Das andere Geschlecht, Hamburg 1951 S.150 «Es muss unbedingt betont werden, dass während des gesamten Ancien Régime die Frauen der arbeitenden Klassen unter ihren Geschlechtsgenossinnen die meiste Selbständigkeit hatten. Die Frau war berechtigt, ein Geschäft zu betreiben und hatte alle Befugnisse, die zur autonomen Ausübung ihres Gewerbes nötig waren. Sie war als Weissnäherin, Wäscherin, Poliererin, Zwischenhändlerin etc. an der Produktion beteiligt. Sie arbeitete entweder zu Hause oder in kleinen Betrieben. Durch ihre materielle Unabhängigkeit konnte sie sich sehr freie Sitten erlauben: die Frau aus dem Volk konnte ausgehen, in Schenken verkehren, fast so über ihren Körper verfügen wie ein Mann. Sie war Partnerin ihres Ehemanns und ihm gleichgestellt.»
- 8 Unser polnischer Anstreicher antwortete lapidar auf meine kritischen Bemerkungen zur PIS-Regierung: «Tusk hat was für die Banken getan. Die Kaczyńskis haben was für die Menschen getan.»
- 9 Goinger Kreis e.V. (Hrsg.), Grenzüberschreitungen zwischen Unternehmen und Gesellschaft. Herausforderungen im System Arbeit gemeinsam bewältigen, Hohenwarsleben 2019 S.123
- 10 Wer in islamischen Ländern zu tun hatte, weiss, wie respektvoll Muslime mit den Traditionen der dort lebenden Christen umgehen.
- 11 <https://taz.de/Rechte-Ausschreitungen-in-Ostdeutschland/!5910591/>
- 12 Zum Thema «Wie reden wir über Arbeit?» vgl. Klopprogge, Axel / Deller, Jürgen / Eberhardt, Carola / Heuer, Katharina / Hoyndorf, Karen, Überbrückungshilfe. Zusammenhalt der Gesellschaft – wodurch er gefährdet wird und was wir in Unternehmen für ihn tun können. Eine Studie des Goinger Kreises 2022 <https://www.goinger-kreis.de/files/theme-goinger-kreis/downloads/themen/gesellschaftlicher-zusammenhalt/goinger-kreis-studie-ueberbrueckungshilfe.pdf> S.32ff.
- 13 Beck, Linda / Westheuser, Linus, Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen, Berliner Journal für Soziologie 32 (2022) S.279-316; siehe demgegenüber Klopprogge, Axel / Burmeister, Anne / Erdmann, Christina / Jakobi, Eberhardt / Mauterer, Heiko / Sauerwein, Nadja, Ortsbesichtigung. Warum manche Arbeiten an Orte gebunden sind und wie sich das durch die Virtualisierung verändern könnte. Eine Studie des Goinger Kreises 2022 https://www.goinger-kreis.de/files/theme-goinger-kreis/downloads/themen/new-work/Goinger-Kreis_Studie_Ortsbesichtigung-zu-New-Work.pdf
- 14 Schäfer, Christoph, „Die Leute sind nicht umweltbewusster“, FAZ 23.12.2019
- Quelle. <https://www.hintergrund.de/feuilleton/zeitfragen/rechts-oder-links-oder-was-ein-versuch-sich-dem-zu-naehern-was-die-menschen-in-unserem-lande-bewegt/>

Deutschstunde

Veröffentlicht am 12. Juli 2023
Von Gastautorin Annette Heinisch

Unter Ehefrauen ist es kein Geheimnis: Du kannst Deinem Mann problemlos alles sagen, jedes Geheimnis anvertrauen, es bleibt vertraulich, denn er hört Dir sowieso nicht zu. Ehemänner bestreiten das auch gar nicht. Sie meinen allerdings, genau dies sei das Geheimnis einer guten Ehe.

Wie dem auch sei, die Inflation erwischt derzeit nicht nur den Euro, sondern auch das Gefühl des Nichtgehörtwerdens. Wenn Bürger Angst vor der Zukunft haben und dabei die grösste Sorge die Bundesregierung ist, dann ist das schon ziemlich problematisch.

Als Serviceleistung möchte ich einfach mal so etwas Ähnliches wie Frau – Deutsch / Deutsch – Frau, schnelle Hilfe für den ratlosen Politiker anbieten, also eine Erklärung, was Bürger z.B. unter Begriffen wie Demokratie, Recht und Freiheit verstehen.

Demokratie:

Wenn Bürger von Demokratie sprechen, dann meinen sie ein System, bei dem man mit Wahlen etwas ändern kann. Die Demokratie ist der gewaltfreie Ersatz einer gewaltsamen Revolution. Dafür braucht man eine

Wahlmöglichkeit, also eine Opposition. Diese soll opponieren, deshalb heisst sie so. Der Begriff kommt von dem lateinischen oppositio, das bedeutet «das Entgegengesetzte».

Beispielsweise wollen viele Bürger nicht ein anderes oder milderes Heizungsgesetz, sondern gar keins. Sie wollen selbst entscheiden, wie sie heizen. Sie wollen auch die Wirtschaft nicht auf eine andere Art oder vielleicht etwas weniger verschrottet sehen. Sie wollen, dass sie floriert. Opposition bedeutet also, diese Standpunkte zu vertreten. Parteien, die das tun, bekommen Zulauf.

Kann man nichts ändern, sondern bekommt das gleiche oder sogar dasselbe in Grün, egal, was man wählt, dann entspricht das nicht dem, was Bürger unter Demokratie verstehen. Wenn dann sogar Wahlen rückgängig gemacht werden, bezeichnen Bürger dies als undemokratisch und als Fall für den Verfassungsschutz. Nur mal als Idee, warum in Thüringen die politischen Verhältnisse so schwierig sind.

Ein Tipp: Wenn ein Bürger abgeholt werden will, bestellt er sich ein Taxi, nicht eine Partei. Und Bürger, deren Lebenswerk, deren Unternehmen oder Arbeitsplatz zerstört wird, sind im Allgemeinen nicht besonders glücklich und zufrieden. Eine Politik, die z. B. seit 2014 jahrelang erkennbar sinnlose Sanktionen gegen Russland als Feigenblatt verhängt, was besonders in den jungen Bundesländern Unternehmen ruiniert und Arbeitsplätze vernichtet hat, muss sich über anschliessende Skepsis nicht wundern.

Noch ein Tipp als Zugabe: Das Paktieren mit der SED, die sich heute «Die Linke» nennt, dürfte bei Wählern, die keinen Hang zu totalitär – diktatorischen Regimen haben, nicht gut ankommen. Hier schliesst sich der Kreis, denn viele finden nun einmal, dass derartige Regime nicht demokratisch sind. Das mag aus Sicht der Parteien ärgerlich sein, ist aber nun einmal so.

Übrigens ist dem Bürger auch egal, wie leicht das Regieren ist. Das heisst, das Problem Mike Mohrings, mit wem man denn noch regieren solle, lässt sie kalt. Hätte die Politik sich früher klüger verhalten, sässe sie jetzt nicht bis Unterkante Oberlippe in dem Schlamassel. Regieren muss nicht mit einem Verwöhn – Faktor versehen sein, auch als Minderheitsregierung ginge es. Unbequem, aber machbar.

Recht:

Der gemeine Bürger als solcher schätzt keine Clan-Kriminalität, Strassenschlachten oder Ähnliches. Er ist auch kein Freund von «Einmann», der mit Messer, Machete oder Hackebeilchen herumläuft und völlig unschuldige Menschen tötet oder verletzt. Tatsächlich dürfen bei uns nicht einmal schuldige Menschen getötet oder verletzt werden und das ist auch gut so.

Die meisten Bürger finden ausserdem Paralleljustiz nach der Scharia nicht drollig. Sie wollen, dass unser Recht für alle gleichermassen gilt. Sie stellen sich die Frage, wo wir hier eigentlich sind. Die Antwort ist bedrückend. Eines unserer höchsten Güter ist der Rechtsstaat. Das bedeutet nicht, dass wir Bürger uns ans Recht zu halten haben (das ist selbstverständlich), sondern dass sich alle Staatsorgane an Recht und Gesetz zu halten haben.

Was aber ist bei der Migration? Art. 16 a Abs. 1 und 2 GG lauten:

(1) Politisch Verfolgte geniessen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten ausserhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Massnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

Wenn also Bürger fordern, dass Flüchtlinge/Asylbewerber, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen, an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden sollen, dann ist das nichts anderes als die Aufforderung an den Staat, das Grundgesetzes zu befolgen. Das ist der Rechtsstaat. Das Gegenteil ist der Willkürstaat – den wollen die Bürger gerade nicht.

Übrigens verlangt dies eine Mehrheit von 64% der Befragten. Die Mehrheit steht offenbar fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Ob man dies von denen sagen kann, die illegale Migration für in Ordnung halten oder denen, welche die Grundrechte für höhere Zwecke opfern wollen, ist allerdings zweifelhaft.

Nur am Rande: Mit qualifizierter Zuwanderung von Arbeitskräften hat dies rein gar nichts zu tun. Leistungswillige und qualifizierte Leute stellen einen Antrag auf ein Arbeitsvisum, aber reisen nicht einfach illegal ein. Allerdings werden diese von der «Unwillkommens-Kultur» der deutschen Bürokratie nachhaltig abgeschreckt.

Also liebe Politiker: Macht es den Leistungsstarken leichter in unser Land zu kommen. Wir werden sie herzlich begrüßen. Aber sorgt dafür, dass die anderen gehen, damit wir über genug Wohnraum und Integrationsmöglichkeiten verfügen. Damit schützt ihr auch die Mitbürger, die ausländische Wurzeln haben, Deutschland als ihr zu Hause ansehen, hier ruhig und friedlich leben und arbeiten wollen und die vermehrt auf Ressentiments stossen.

Freiheit:

Unter Freiheit, liebe Politik, verstehen Bürger, dass der Staat sie in Ruhe lässt. Dass sie in ihrem Leben nach ihrer Fassung selig werden können, denn ein zweites Leben haben sie nicht. Mag sein, dass sie Fehler machen, aber es sind ihre Fehler, nicht die von anderen. Sie können daraus lernen oder auch nicht. Das ist ihre Entscheidung, sie sind erwachsen. Sie wollen weder drangsaliert noch bevormundet werden.

Wenn die grüne Umweltministerin Steffi Lemke sagt, dass das Heizungsgesetz die Bürger vor etwas schützt, dass sie später bereuen werden, nun sogar in der «Zeit» die Frage gestellt wird, vor welchen weiteren «Klimasünden» der Staat die Bürger bewahren soll, dann sind sie nicht begeistert. Im Gegenteil, sie nehmen es übel. Sie wollen nicht bevormundet werden und wenn, dann schon gar nicht von euch. Kein Wunder, dass so viele auswandern. Ohne euch, liebe Politiker, wäre das Leben nämlich viel einfacher, ihr schafft doch erst die ganzen Probleme, die ihr dann nicht lösen könnt und die das Leben der Bürger so schwierig machen. Selbst wenn ein Normalbürger einmal auf die Nase fällt, dann steht er halt wieder auf, wischt sich den Staub von den Knien und macht weiter. C'est la vie!

Vielleicht würde der eine oder andere später sogar eher bereuen, eine Sünde nicht begangen zu haben – war es nicht Oscar Wilde, der sagte, man solle keiner Versuchung widerstehen, wer weiss, ob sie wieder kommt? Der Punkt ist: All das geht Steffi Lemke und Co. rein gar nichts an.

Dass, was die Bürger unter freiheitlich – demokratischer Grundordnung verstehen und dass, was die Politik darunter versteht, sind also zwei ganz verschiedene Dinge. Viele Bürger fangen langsam an zu denken, dass «die da oben» unsere freiheitliche und demokratische Verfassung ins Gegenteil verkehren wollen und die Stimmabgabe nur noch dazu dient, irgendwelchen Leuten, die es zu sonst nichts bringen, Zugang zu den staatlichen Pfründen zu verschaffen.

Eigentlich könnt ihr, liebe Politiker, auf eure Bürger stolz sein, denn sie haben ein gutes Gespür dafür, was Demokratie und Freiheit bedeuten; sie mögen keine politische Kartellbildung, die Meinungen unterdrückt und Wahlmöglichkeiten einschränkt. Sie möchten, dass die Politik nicht ihre Konkurrenz, sondern die Probleme des Landes bekämpft.

Schliesslich ist Politik kein Selbstzweck, sie dient dem Volk. Oh, pardon: Richtig muss es heissen, sie sollte dem Volk dienen.

Tut sie das noch?

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2023/07/12/deutschstunde/#more-7136>

SWP Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Themen Publikationen Wissenschaftler/innen

Stiftung Wissenschaft und Politik — Publikationen — Dauerhafte Sicherheit für die Ukraine

Denkfabrik SWP präsentiert drei Optionen für „dauerhafte Sicherheit der Ukraine“:
Dauerhafte Sicherheit für die Ukraine
Demilitarisierung Russlands, Aufbau eines Atomwaffenarsenals oder NATO-Beitritt
Von Ad-hoc-Unterstützung zu langfristigen Sicherheitsgarantien als Nato-Mitglied

Margarete Klein, Claudia Major

SWP-Aktuell 2023/A 44, 29.06.2023, 8 Seiten
doi:10.18449/2023A44

Ein Artikel von: Florian Warweg; 12. Juli 2023 um 12:00 h

Die 1962 auf Initiative des Bundesnachrichtendienstes gegründete Denkfabrik «Stiftung für Wissenschaft und Politik» (SWP), deren zentrale Aufgabe es ist, die Bundesregierung zu beraten, hat vor dem aktuellen NATO-Gipfel eine Analyse mit dem Titel «Dauerhafte Sicherheit für die Ukraine» vorgelegt. Die Autorinnen, Claudia Major und Margarete Klein, erklären in dem Dokument, «drei Optionen können die Sicherheit der Ukraine maximal, verlässlich und dauerhaft gewährleisten». Die dann aufgeführten Optionen sind ein Offen-

barungseid für den Geisteszustand des wichtigsten regierungsnahen Thinktanks der Bundesrepublik. Von Florian Warweg.

Das acht Seiten umfassende Analysepapier fängt schon im ersten Satz mit einer nicht belegten, und bis heute auch nicht belegbaren Behauptung an, die da lautet: «Die erneute russische Invasion hat der Frage nach internationalen Sicherheitsgarantien für die Ukraine neue Dringlichkeit verliehen.»

Die Nutzung von «erneute russische Invasion» impliziert, es hätte bereits vor dem 24. Februar 2022 eine solche gegeben. Doch sowohl die Bundesregierung wie der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages und sogar Veröffentlichungen der SWP selbst hatten diese Behauptung bisher immer als nicht belegbar bezeichnet. So schreibt beispielsweise der Wissenschaftliche Dienst in einem Gutachten im Dezember 2019 zum Thema «Intervention in Bürgerkriegsgebieten: Zur Rolle Russlands im Ost-Ukraine-Konflikt»:

«Der Territorialkonflikt weist klassische Züge eines nicht internationalen (internen) bewaffneten Konflikts auf. Über Umfang, Qualität und Ausmass der militärischen Involvierung Russlands im Ukraine-Konflikt gibt es neben wenigen belastbaren Fakten und Analysen vor allem zahlreiche Spekulationen, zum Teil widersprüchliche Berichte und Pressemeldungen, verschiedene Dementi, aber insgesamt kein eindeutiges Lagebild. Auch der Bundesregierung liegen nach eigenen Angaben offenbar keine belastbaren Erkenntnisse vor.»

Mit diesem Tweet zum «Israel-Modell» für die Ukraine, welches zu Beginn dieser Woche US-Präsident Biden ins Spiel gebracht hatte, machte Claudia Major, ihres Zeichens Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der SWP, auf ihre Analyse aufmerksam:



Im weiteren Verlauf wird dann vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages auf ein SWP-Analysepapier von 2019 mit dem Titel «Der Donbass-Konflikt – Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess» verwiesen: Eine aktuelle politikwissenschaftliche Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) thematisiert u.a. die fragile Faktenlage: «(...) Belastbare Informationen über die nicht von Kiew kontrollierten Teile der ukrainisch-russischen Grenze sind rar. Die OSZE-Mission hat, ungeachtet ihres umfassenden Mandats, nur eingeschränkten Zugang zu diesem Gebietsstreifen (...)»

Diese faktisch nicht belegbare Einstiegsbehauptung steht dann auch sinnbildlich für den gesamten Charakter dieser «Analyse»: Spekulation und Wunschdenken statt Analyse und Fakten.

Im ersten Kapitel unter der Überschrift «Ukrainische und europäische Interessen» werden systematisch und jeder ernsthaften Analyse hohnsprechend deutsche, europäische und ukrainische Interessen vermengt und erklärt, ukrainische Interessen entsprächen automatisch deutschen und EU-Interessen. Der als EU-Korrespondent in Brüssel tätige Journalist Eric Bonse hat die Widersprüche, Spekulationen und unzulängliche «Argumentation» in diesem Kapitel der SWP-Analyse umfassend in seinem Artikel «Wenn deutsche Experten die europäische Sicherheit «aus Sicht der Ukraine» definieren» aufgearbeitet. Wir widmen uns daher aus-

fürhlich dem darauffolgenden Kapitel, welches von Medien bisher weder aufgegriffen, geschweige denn kritisch durchleuchtet wurde und mit folgender Behauptung eingeleitet wird: «Drei Optionen können die Sicherheit der Ukraine maximal, verlässlich und dauerhaft gewährleisten.»

Dann werden diese drei Optionen näher vorgestellt:

«Die erste Option besteht in der Demilitarisierung Russlands. Dazu wäre eine Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstungsindustrie auf ein Mass nötig, das Selbstverteidigung gestattet, aber keine Offensivoperationen. Flankiert werden müsste dies durch eine Demilitarisierung der strategischen Kultur. Diese verändert sich indes nur über langfristige Sozialisationsprozesse oder externe Schocks. Für Letzteres wäre eine eindeutige Niederlage gegen die Ukraine notwendig. Aber selbst dann könnte sich die Ukraine nur bei einer gleichzeitigen Denuklearisierung des russischen Militärpotenzials sicher fühlen.»

«Die zweite Option liegt darin, dass die Ukraine ihr Abschreckungspotenzial durch eine unilaterale Nuklearisierung stärkt, das heisst entweder ein Atomwaffenarsenal aufbaut oder mittels einer Ankündigung Druck erzeugt. Sollte die Ukraine diesen Weg wählen, würde sie sich dem israelischen Modell annähern, das auf starken Streitkräften, Atomwaffen und bilateralen Abkommen beruht (...).»

«Als dritte Option die Einbindung der Ukraine in bi- oder multilaterale Systeme kollektiver Verteidigung. (...) Die abschreckende Wirkung gegenüber Moskau (liesse sich) am effektivsten durch eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erzielen.»

Diese hinter diesen Darlegungen stehende analytische Bankrotterklärung muss man sich noch einmal vor Augen führen. Die Denkfabrik, welche als zentrale Aufgabe hat, die Bundesregierung zu beraten, und von sich selbst behauptet, sie unterscheide sich von anderen Thinktanks durch ihre «Wissenschaftlichkeit, die wir konsequent multiperspektivisch betreiben», behauptet allen Ernstes, es gäbe lediglich diese drei genannten Optionen, die die Sicherheit der Ukraine sicherstellen würden.

Dabei werden alle drei Optionen ausschliesslich «aus Sicht der Ukraine ...» formuliert und diese ignorieren nicht nur komplett die artikulierten Sicherheitsinteressen der zweiten Partei in diesem Konflikt, sondern sind auch noch so formuliert, dass scheinbar das höchstmögliche Provokationspotenzial gegenüber Russland ausgespielt werden soll, egal ob dies «Demilitarisierung», «Renuklearisierung» oder «NATO-Beitritt» betrifft.

Die SWP-Autorinnen argumentieren dann, dass die Option des NATO-Beitritts die empfehlenswerteste und am einfachsten umzusetzende sei. «Demilitarisierung» wird als «zurzeit (!) unrealistisch» in der Priorisierung erst mal zurückgestellt, nur um dann auf Seite 7 wieder als aktuell umzusetzende Strategie propagiert zu werden. Ebenso die «Renuklearisierung», die «nicht wünschenswert» sei, da sie «die europäische Sicherheitsordnung und das globale Nichtverbreitungsregime schwer belasten würde. Doch selbst diese Einschränkung wird wieder relativiert, indem auf derselben Seite erklärt wird, dass ohne NATO-Beitritt dies sehr wohl eine Option wäre:

«Sollten die Alliierten ihr diese Perspektive nicht aufzeigen, könnte sie (die Ukraine) über andere Wege versuchen, ihre Sicherheit zu gewährleisten, beispielsweise eine Renuklearisierung.»

Die SWP bedient sich hier eines alten rhetorischen Taschenspielertricks: Man bringt drei Vorschläge ein, von denen zwei so absurd anmuten, dass dann der dritte als das einzig «vernünftige» und «alternativlose» Vorgehen erscheint.

Das Kapitel wird mantraartig abgeschlossen mit einer Variation der Eingangsbehauptung:

«Alle Optionen ausserhalb dieser drei bieten einen geringeren Schutz (...).»

Man fragt sich, was so ein Vorgehen mit «multiperspektivischer», auf «Wissenschaftlichkeit» beruhender und vor allem zu «mehr Sicherheit» führender Politikberatung zu tun haben soll. Dieselbe Frage stellt sich auch in Bezug auf die diplomatischen Initiativen zur Lösung des Konflikts, die bisher von China, der Afrikanischen Union, der Türkei sowie lateinamerikanischen Ländern wie Mexiko und Brasilien ausgingen und die mit keiner Silbe in dem SWP-Papier Erwähnung finden.

«Da die Beratung von Bundestag und Bundesregierung im Zentrum steht, behandeln wir Probleme und Fragestellungen, die für diese Akteure relevant sind oder sein sollten. Ziel ist es, Expertise aus der SWP in Urteilsbildung und Entscheidungsprozesse der Akteure einzuspeisen», heisst es in der Selbstdarstellung der Denkfabrik. Zumindest diese Analyse und Politikempfehlung der SWP scheitert an diesem Eigenanspruch spektakulär. Denn im vorliegenden Fall handelt es sich mitnichten um einen Beitrag, der bemüht ist, unvoreingenommen mittels eines dialektischen und multiperspektivischen Ansatzes einen Beitrag zur umfassenden Urteilsbildung von politischen Entscheidungsträgern zu leisten, sondern um den recht plumphen Versuch der Meinungsmache.

Apropos Meinungsmache: Wirklich wird die Katze (und wohl Intention des Ganzen) aber erst ganz am Schluss aus dem propagandistischen Sack gelassen. In der die «Analyse» abschliessenden Handlungsempfehlung an die Adressaten in Bundesregierung und Bundestag heisst es:

«Die dauerhafte Stärkung der Ukraine muss deshalb zwingend mit einer Stärkung der eigenen Resilienz einhergehen. Dazu gehört zum Beispiel, Sinn, Zweck und Ziele eines ukrainischen NATO-Beitritts den eigenen Bevölkerungen proaktiv zu vermitteln, gleichzeitig Desinformation zu bekämpfen und vorzugehen

gegen Einrichtungen, die sich als zivil-gesellschaftliche ausgeben, aber de facto (!) vom russischen Staat kontrolliert sind.»

Acht Seiten Spekulation und Meinungsmache kulminieren in der Aufforderung, gegen zivilgesellschaftliche Gruppierungen vorzugehen, wenn diese nicht dem von der SWP propagierten Meinungsbild entsprechen. Mit «de facto» wurde wohl in diesem Zusammenhang bewusst eine so butterweiche Formulierung gewählt, dass man sich lieber gar nicht vorstellen will, gegen was für eine Breite an Gruppen, Organisation und Medien da gewisse Forschungsleiter* in der SWP «vorgehen» wollen. Denn dem Vorwurf, vom «Kreml kontrolliert» zu sein, muss sich in diesem Land derzeit so ziemlich jeder «de facto» aussetzen, der sich auch nur für das Primat der Diplomatie gegenüber dem eines militärischen Sieges ausspricht. Der in der SWP-Handlungsempfehlung propagierte «de facto»- statt «de jure»-Ansatz würde in seiner Umsetzung willkürlichen Massnahmen Tür und Tor öffnen. In gewisser Weise erinnert diese Empfehlung an die von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im Dezember 2022 vorgeschlagene Umkehr der Beweislast. Vielleicht war das ja auch damals schon Produkt einer SWP-Beratung?

Zum Abschluss noch eine vielsagende Gegenüberstellung der Gründungsgeschichte der SWP. Bei der Denkfabrik selbst heisst es dazu lapidar: «Die SWP wurde auf private Initiative im Jahre 1962 als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts in München gegründet.»

Bei Wikipedia klingt das mit «auf private Initiative ...» etwas anders und wird mit Verweis auf das wissenschaftliche Standardwerk von Albrecht Zunker zur Geschichte der «Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Entwicklungsgeschichte einer Institution politikbezogener Forschung» so beschrieben:

«Die Gründung der SWP geht auf eine Initiative des Bundesnachrichtendienstes (BND) zurück. Klaus Ritter war während der NS-Diktatur Mitglied des militärischen Nachrichtendienstes Fremde Heere Ost und nach dem Krieg Gründungsmitglied der Organisation Gehlen, aus der der BND hervorging. Ritter war 1959 zu einer Studienreise durch die USA abgestellt und lernte dort die Arbeit von Think Tanks kennen. Ausserdem wurde er von US-Aussenpolitikern wie Henry Kissinger darauf angesprochen, dass es in Deutschland keine inoffiziellen Stellen gäbe, bei denen man «Gesprächspartner im voroffiziellen Raum [finden könne] – also in jenem Vorfeld offizieller Politik, in dem internationale politische Probleme nicht nur frei erörtert, sondern oft im Austausch von Positionen und Sichtweisen vorformuliert, mit Begriffen belegt und so auch in ihrem Kerngehalt abgegrenzt werden». Ritter glaubte, dass eine solche Einrichtung nur ausserhalb der ministerialen Hierarchie funktionieren könne, sodass er in enger Abstimmung mit dem Bundesnachrichtendienst die «Arbeitsgemeinschaft Wissenschaft und Politik» (AWP) ins Leben rief, in der er Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft zusammenbrachte.»

Ebenso bezeichnend ist auch ein Blick auf die Präsidenten des Stiftungsrates der SWP seit 1964 bis heute, ausschliesslich Militärs und Industriebosse:

1964 bis 1978: General a. D. Hans Speidel

1979 bis September 2000: Hans Lutz Merkle, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH

2000 bis 2007: Ulrich Hartmann, Aufsichtsratsvorsitzender der E.ON AG

Dezember 2007 bis Mitte 2017: Hans-Peter Keitel, Vizepräsident des BDI und Mitglied des Aufsichtsrats der Hochtief AG

Juni 2017 bis heute: Nikolaus von Bomhard, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Münchener Rückversicherungs-AG

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=100878>

Die Armee als Seismograf einer dekadenten Multikultur – Falsch verstandene Toleranz

Andreas Glarner, Nationalrat SVP AG; VERÖFFENTLICHT AM 7. JULI 2023



Um es vorwegzunehmen: In unserer Armee dienen viele junge Menschen muslimischen Glaubens. Es sind mehrheitlich prächtige, junge Kerle, welche für unser Land durchs Feuer gehen würden.

Ihnen gebührt unser Dank für ihren Einsatz zu Gunsten unseres Landes. Und selbstverständlich sollen diese jungen Menschen auch ihre Religion ausüben dürfen und können.

Das Gebet

Im Rahmen eines Dienstes des Gebirgsschützenbataillons 6 hatte der muslimische Imam und Armeeseelsorger Muris Begovic am 28. Juni 2023 zum muslimischen Gebet geladen. Anlass war der Beginn des muslimischen Opferfests Bayram. Ein paar wenige Soldaten knieten am Boden und huldigten Allah.

Allein die erstaunten und teils gelangweilten Gesichter der umstehenden Kameraden sprechen Bände. Sie konnten und wollten wohl nicht verstehen, was da vor ihren Augen am helllichten Tage gerade geschah. Den Vogel abgeschossen hatte man, indem man auch noch das Feldzeichen der Schweizer Armee mitnahm und dekorativ ins Bild rückte. Gerade unser Feldzeichen – das weisse Kreuz auf rotem Grund – steht doch für unseren christlichen Glauben!

Gezielte Provokation

Natürlich war dies nicht ein zufällig abgehaltener, harmloser Gottesdienst. Es war ohnehin kein Gottesdienst, sondern eher ein spontanes Gebet. Es war ein Test, eine gezielte Provokation. Die Muslime scheinen gerade auszuloten, was noch durchgeht. Das Ausrollen von Teppichen oder Matten mit anschliessendem Gebet gegen Mekka hat funktioniert. Gestattet von Kommandanten, die sich nicht unbeliebt machen wollten und deswegen eine solche Unmöglichkeit auch toleriert hatten.

Auf gar keinen Fall hinzunehmen ist die degenerierte Zurschaustellung solcher Gebete während des ordentlichen Dienstbetriebs – auch nicht in den Pausen als Kollektivgebet. Punkt! Ausnahmen hiervon sieht das Dienstreglement vor. Dort ist aber von «Gottesdiensten» die Rede – und nicht von ein paar am Boden gegen Mekka betenden Muslimen.

Mediales SVP-Bashing

Die Proteste und Kommentare gegen diesen Anlass wurden von der vereinigten Linkspresse in Grund und Boden gestampft. Tweets – und waren sie noch so unwahr und falsch – wurden eifrig zitiert, um zu zeigen, dass die SVP und auch Glarner falsch liegen. Den Vogel abgeschossen hat der GLP-Nationalrat Beat Flach, der behauptete, die Soldaten hätten den Eid auf die Verfassung geleistet, was schlicht nicht stimmt.

Ein solcher kann gemäss Artikel 7 des Dienstreglements erst im Aktivdienst erfolgen. Aber dies braucht ein GLP-Nationalrat nicht zu wissen. Dies focht aber die Medien nicht an; lieber drosch man einmal mehr und heftiger auf die SVP und auf den hier schreibenden Glarner ein.

Die SVP stellte in ihrem Tweet die berechtigte Frage, was denn wohl als Nächstes kommen werde. Kinder-Ehen, Zwangsbeschneidungen, Scharia-Gerichte sind im Ausland bereits Tatsache. Und viele hartgesottene Muslime können sich gemäss eigenen Aussagen durchaus auch mit Steinigungen anfreunden.

Wehret den Anfängen

Warum gilt es, diesem Treiben Einhalt zu gebieten? Da reicht ein Blick in unsere Nachbarländer. Die Schweiz muss aus dem, was Muslime im Ausland bereits gefordert und durchgesetzt haben, lernen.

Wenn an einem Samstagmorgen in den verkehrsfreien deutschen Innenstädten plötzlich Muslime ihre Teppiche ausrollen und Gottesdienste abhalten, leiden nicht «nur» die Verkaufsgeschäfte massiv darunter. Es sind auch die arbeitsamen Deutschen, welche am Samstag ihre Einkäufe besorgen und vielleicht noch etwas in der Innenstadt flanieren möchten. Sie werden in Mitleidenschaft gezogen, zumal ein Durchkommen leichten Fusses nicht mehr möglich ist. In deutschen Ausgangsmeilen halten Muslime mit Leuchtwesten, auf denen «Scharia-Polizei» steht, ihre Glaubensbrüder dazu an, keinen Alkohol zu trinken und drohen bei Verstoß offen mit Konsequenzen.

Toleranz bringt Verachtung

Die Vertreter der angeblichen «Religion des Friedens» fordern von unserer Gemeinschaft Toleranz und Nachsicht. Viele von ihnen zeigen sich selbst aber keineswegs tolerant und fordern beispielsweise offen die Verfolgung und Bestrafung homosexueller Männer. Frauen werden oft unterdrückt, als Mädchen zwangsbeschneitten und als junge Frauen zwangsverheiratet.

Für Muslime werden überall Sonderrechte gefordert und durchgesetzt. Gerade bei der Verwendung von Schweinefleisch haben inzwischen alle Veranstalter von Anlässen und Festen resigniert. Unsere traditionell aus Schweinefleisch hergestellten «Wienerli» enthalten solcherorts inzwischen nur noch Pouletfleisch – den Muslimen zuliebe. Der «Cervelat» darf nicht mehr auf dem gleichen Grill liegen wie das andere Fleisch. Während des «Ramadam» finden an unseren Schulen keine Prüfungen, keine Sporttage und natürlich auch keine Schulreisen statt. Am «Bayram» muss man schon gar nicht mehr zur Schule – SMS an die Lehrerin genügt.

Wenn der Westen Solches toleriert, ist er dem Untergang geweiht. Denn viele derjenigen, welche von uns Toleranz fordern, verachten uns genau wegen unserer Schwäche gegenüber solchen Forderungen.

Was wäre, wenn ...

Das Tolerieren wird uns noch in arge Bedrängnis bringen. Denn was kommt als Nächstes? Was, wenn Sanitäter, Polizisten, Chauffeure oder Angehörige anderer Berufsgattungen muslimischen Glaubens bald spontan und überall die Arbeit niederlegen, um Allah zu huldigen?

Mit dem Minarettverbot und dem Verhüllungsverbot haben wir klare Zeichen gesetzt. Die Schweiz ist gut beraten, unsere Sitten, Gebräuche und die christlich-abendländische Kultur auch weiterhin durchzusetzen. Armee-Imam Muris Begovic kam als Elfjähriger in die Schweiz und liess sich erst mit achtundzwanzig Jahren einbürgern – wohl um die RS zu umgehen. Der Hauptmann-Grad wurde ihm dennoch im Rahmen einer dreiwöchigen Schnellbleiche verlieren.

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/die-armee-als-seismograf-einer-dekadenten-multikultur-falsch-verstandene-toleranz/>

Neue Studie im Lancet schafft Klarheit: COVID-Impfstoff ist verantwortlich für die Mehrheit der nach der Injektion tot aufgefundenen Menschen

uncut-news.ch, Juli 6, 2023



shutterstock.com

Die COVID-Impfstoffe haben eine grosse Zahl von Menschen getötet, und die Regierung hat es vertuscht. Die als Pre-Print veröffentlichte Arbeit zeigt, dass 74% der Todesfälle nach der Impfung auf die Impfung zurückzuführen sind.

Preprints with THE LANCET

A Systematic Review of Autopsy Findings in Deaths after COVID-19 Vaccination

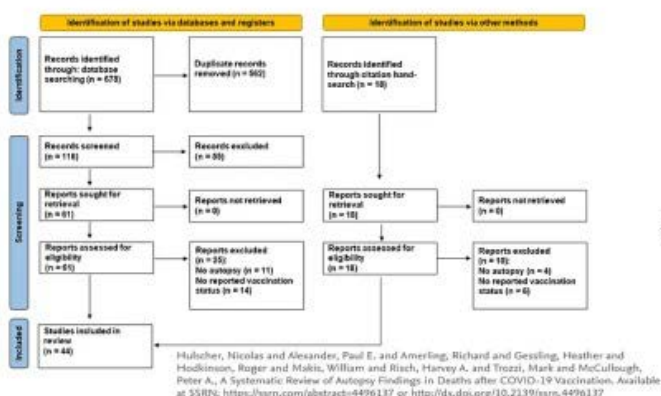
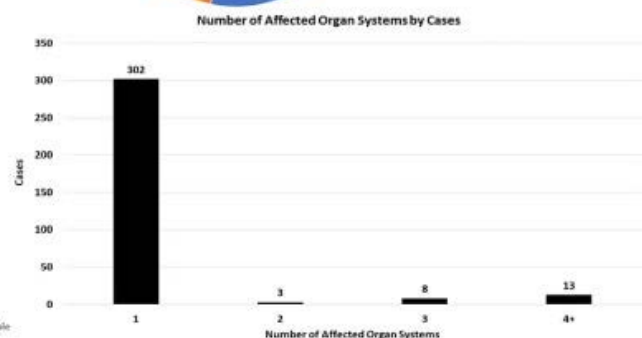
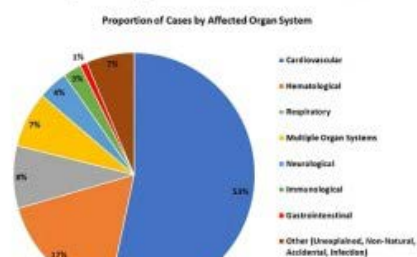
N=325 cases

48 Pages • Posted: 5 Jul 2023

Nicolas Hulscher

University of Michigan at Ann Arbor - School of Public Health

systems (7%). Three or more organ systems were affected in 21 cases. The mean time from vaccination to death was 14.3 days. Most deaths occurred within a week from last vaccine administration. A total of 240 deaths (73.9%) were independently adjudicated as directly due to or significantly contributed to by COVID-19 vaccination. The consistency seen among cases in this review with known COVID-



COVID-19-Impfstoff ist der Schuldige für die Mehrheit der nach der Injektion tot aufgefundenen Menschen. Hulscher, Nicolas und Alexander, Paul E. und Amerling, Richard und Gessling, Heather und Hodkinson, Roger und Makis, William und Risch, Harvey A. und Trozzi, Mark und McCullough, Peter A., A Systematic Review of Autopsy Findings in Deaths after COVID-19 Vaccination. Verfügbar bei SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4496137> oder <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4496137>

Systematische Überprüfung von 325 Autopsien erbringt überzeugende Beweise

Von Peter A. McCullough, MD, MPH

Während sich die Regierung und die Vertreter des öffentlichen Gesundheitswesens angesichts der täglich veröffentlichten Todesfälle winden, ist die letzte Erwiderung «Sie können nicht beweisen, dass der Impfstoff den Tod verursacht hat» soeben aus der Welt geschafft worden!

Hulscher et al. haben die grösste Ansammlung von Autopsieergebnissen bei Todesfällen nach der COVID-19-Impfung veröffentlicht. Von insgesamt 325 Fällen ergab die unabhängige Überprüfung, dass der COVID-19-Impfstoff in 73,9% der Fälle die Todesursache war. Bei der überwiegenden Mehrheit der Fälle war das Herz-Kreislauf-System das einzige tödliche Organsystem, das verletzt wurde.

Diese Daten stimmen mit früheren veröffentlichten Studien von Schwab und Chaves überein, die nicht den Vorteil einer unabhängigen Beurteilung hatten.

Bei plötzlichen ungeklärten Todesfällen, über die in der Presse berichtet wird, ist es vernünftig, die Todesursache auf eine tödliche COVID-19-Impfstoffverletzung zu schliessen, bis das Gegenteil bewiesen ist. Der Nachweis, dass der Verstorbene nicht geimpft ist, oder eine alternative Diagnose ist jetzt erforderlich, um den Impfstoff zu entlasten. In Ermangelung dieser Informationen sollten Gerichtsmediziner, Leichenbeschauer, Ärzte und Regierungsbeamte den Tod auf die COVID-19-Impfung zurückführen.

Quellen:

Hulscher, Nicolas and Alexander, Paul E. and Amerling, Richard and Gessling, Heather and Hodkinson, Roger and Makis, William and Risch, Harvey A. and Trozzi, Mark and McCullough, Peter A., A Systematic Review of Autopsy Findings in Deaths after COVID-19 Vaccination. Available at SSRN:

<https://ssrn.com/abstract=4496137> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4496137>

Schwab C, Domke LM, Hartmann L, Stenzinger A, Longerich T, Schirmacher P. Autopsy-based histopathological characterization of myocarditis after anti-SARS-CoV-2-vaccination. Clin Res Cardiol. 2023 Mar;112(3):431-440. doi: 10.1007/s00392-022-02129-5. Epub 2022 Nov 27. PMID: 36436002; PMCID: PMC9702955.

Chaves JJ, Bonilla JC, Chaves-Cabezas V, Castro A, Polo JF, Mendoza O, Correa-Rodríguez J, Piedrahita AC, Romero-Fandiño IA, Caro MV, González AC, Sánchez LK, Murcia F, Márquez G, Benavides A, Quiroga MDP, López J, Parra-Medina R. A postmortem study of patients vaccinated for SARS-CoV-2 in Colombia. Rev Esp Patol. 2023 Jan-Mar;56(1):4-9. doi: 10.1016/j.patol.2022.09.003. Epub 2022 Oct 31. PMID: 36599599; PMCID: PMC9618417.

Mini-documentary: "Until Proven Otherwise"—Featuring Cardiologists Dr. Peter McCullough and Dr. Aseem Malhotra

QUELLE: COVID-19 VACCINE IS THE CULPRIT IN MAJORITY FOUND DEAD AFTER INJECTION

Quelle: <https://uncutnews.ch/neue-studie-im-lancet-schafft-klarheit-covid-impfstoff-ist-verantwortlich-fuer-die-mehrheit-der-nach-der-injektion-tot-aufgefundenen-menschen/>

Deutschland unter Vormundschaft

uncut-news.ch, Juli 6, 2023

Wie deutsche Politiker im Einvernehmen mit den USA das eigene Land ruinieren

Ein Kommentar von Wolfgang Bittner



Die USA schaffen nach dem Prinzip «teile und herrsche» seit Jahrzehnten zerstörte und zerstückelte Länder: Korea, Vietnam, Cypern, Jugoslawien, Libyen, Irak, Syrien – um nur einige zu nennen. Deutschland ist ein ganz spezieller Fall, seit 1945 nach der bedingungslosen Kapitulation in der Hand der USA. Wie würde Deutschland, wie würde Europa heute dastehen, wenn es zu dem von Michail Gorbatschow und Wladimir Putin vorgeschlagenen «europäischen Haus» gekommen wäre, einem gemeinsamen Wirtschaftsraum von

Wladiwostok bis Lissabon? Aber das haben die USA verhindert. Und es ist auch nicht gelungen, das Chaos und die Konfusion in Deutschland zu verhindern. Die Bevölkerung ist tief gespalten, indoktriniert und aufgehetzt – ein absurdes Theater.

Der Verrat deutscher Interessen

Der Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck ist dabei, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren. Nach seinem Antrittsbesuch in Washington im März 2022 erklärte er, Deutschland sei Kriegspartei[1] und müsse «dienend führen»[2]. Mitte Juni 2023 stellte er dann klar: «Würde das russische Gas nicht in dem Masse, wie es noch immer durch die Ukraine fliesst, nach Osteuropa kommen, gilt, was europäisch verabredet wurde: Bevor die Leute dort frieren, müssten wir unsere Industrie drosseln oder gar abschalten.»[3] Dazu passt eine Aussage der Aussenministerin Annalena Baerbock, die Russland in Übereinstimmung mit Joseph Biden ruinieren will [4] Auf einer Podiumsdiskussion zur Ukraine-Politik am 31. August 2022 in Prag äusserte sie: «Wenn ich den Menschen in der Ukraine sage: «Wir stehen bei euch, so lange, wie ihr uns braucht», dann möchte ich auch liefern. Egal, was meine deutschen Wähler denken: Ich möchte den Menschen der Ukraine beistehen. ... Und das bedeutet, dass alle Massnahmen, die ich ergreife, Bestand haben müssen, solange die Ukraine mich braucht.»[5]

Aus den Aussagen dieser führenden Politiker ergibt sich, dass Deutschland nach wie vor fremdbestimmt ist. Sie ignorieren auf kriminelle Weise den Eid, den sie bei Antritt ihrer Ämter abzulegen hatten. Er lautet: «Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.» Die Politik der Berliner Regierung ist weit davon entfernt.

Feindstaat Deutschland

Gehen wir in die jüngere Vergangenheit zurück, haben zwei Weltkriege die Menschen wie auch die geopolitische Position Deutschlands gravierend geprägt: Seit 1918 hat das Deutsche Reich, bis dahin eine bedeutende zentrale Macht in Europas, etwa ein Drittel seines Staatsgebiets verloren. Und aufgrund der bedingungslosen Kapitulation am Ende des Zweiten Weltkriegs konnten die Siegermächte Deutschland übernehmen und zergliedern. In der Folge gelang es den USA, Westdeutschland gegen die Sowjetunion erneut in Stellung zu bringen. Nach der Vereinigung der beiden Staatsrelikte BRD und DDR entstand dann die Bundesrepublik Deutschland in der jetzigen Form, ein Staat unter Vormundschaft der USA bis zur Gegenwart.[6]

Kaum bekannt ist, dass es in Deutschland – neben kleineren US-Stützpunkten – elf grosse Militärbasen der USA gibt. Allein Grafenwöhr mit Landebahnen für Langstreckenbomber ist 233 Quadratkilometer gross, und in Ramstein befindet sich die Kommandozentrale der Luftstreitkräfte der NATO. Die stationierten Streitkräfte haben Sonderrechte; zum Beispiel kann die gesamte deutsche Kommunikation kontrolliert werden. Zurzeit befinden sich etwa 35'000 amerikanische Soldaten in Deutschland.

Ebenso wenig ist bekannt, dass Deutschland noch keinen Friedensvertrag hat, theoretisch also immer noch im Krieg ist, also auch mit Russland. Ausserdem ist Deutschland nach der Charta der Vereinten Nationen, immer noch ein Feindstaat. Angeblich hat das keine Bedeutung mehr, aber wenn dem so wäre, hätte dieser Passus schon lange gestrichen werden können. Die Feindstaatenklausel besagt, dass Zwangsmassnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden können, falls Deutschland erneut eine aggressive Politik verfolgen würde. Eine aggressive Politik gegen wen? Das ist weit auslegbar und das schliesst gegebenenfalls militärische Interventionen ein. Es ist also ein permanenter Unsicherheitsfaktor in der Politik. Zwar wurde Deutschland im Vereinigungsvertrag von 1990, also dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag, volle Souveränität zugesprochen. Aber die Vereinbarung wurde durch Zusatzverträge zum Beispiel über Truppenstationierung und militärische Zusammenarbeit wieder relativiert.[7]

Jetzt steht Deutschland zum dritten Mal – wieder initiiert durch die USA und Grossbritannien – gegen Russland. Und wie bekannt wurde, plant Russland, taktische Atomwaffen in Weissrussland zu stationieren, und zwar als Antwort auf die zunehmende Verlegung von US-Waffen nach Europa. Der Aufschrei im sogenannten Wertewesten war schrill und verlogen. Denn bekanntlich befinden sich in mehreren westeuropäischen Ländern Atomwaffen der USA, so auch in Deutschland, und es werden immer mehr Hightechwaffen nach Europa gebracht.

Gravierende Folgen

US-Präsident Joseph Biden wähnt sich kurz vor dem Ziel seiner jahrzehntelangen Bemühungen, Russland den westlichen Begehrlichkeiten wie auch den strategischen Interessen zu unterwerfen. Aber Russland ist eine Atommacht und wird eine Niederlage, die Vasallenschaft und eine Zerstückelung des Landes zur Folge hätte, niemals zulassen. Daher wird der von den USA inszenierte und weiter betriebene Ukraine-Krieg enden, wenn festzustellen ist, dass Russland nicht aufgibt und gewinnen wird. Bis dahin soll das Land noch weiter geschwächt werden. Auszuschliessen ist aber nicht, dass es zu einem grossen Krieg kommt, und sei

es durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall. Sollte es dazu kommen, würde Deutschland gänzlich von der Landkarte verschwinden.

Abgesehen von der akuten atomaren Bedrohung sind die Folgen der von den USA provozierten Auseinandersetzung gravierend. Russland hat schon länger damit begonnen, sich vom Westen abzukoppeln, neue Wege mit neuen Partnern zu gehen und sich gegen die Aggressionspolitik der USA zur Wehr zu setzen. Damit ist Russland nicht allein. Mehr als die Hälfte der Menschheit will sich die Zumutungen und die Unterdrückung durch die USA nicht mehr gefallen lassen.

Zu registrieren ist, dass die BRICS-Organisation und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit immer mehr Zulauf erhalten. Gearbeitet wird an einem anderen als dem westlichen, von den USA dominierten Wirtschafts- und Finanzsystem. Unter anderem ist die Herrschaft des Dollar als Weltleitwährung infrage gestellt, was allerdings weitere, hoch gefährliche Auseinandersetzungen nach sich zieht. Denn die USA werden sich nicht ohne Gegenwehr in den Bankrott treiben lassen. Sie verfügen über die grösste Militärmacht der Welt, und das ist bei allem zu berücksichtigen, was künftig in den Bemühungen um eine friedlichere Welt unternommen wird. Zurzeit stehen sich zwei Atommächte in einem Stellvertreterkrieg gegenüber, der jede Minute ausufern kann. Es ist höchste Zeit, dass die Menschen aufwachen und ihre existenziellen Interessen wahrnehmen. Die Weltuntergangsuhr zeigt 90 Sekunden vor Mitternacht.

Anmerkungen

[1] Vgl. Bild, 31.3.2022; www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/ukraine-krieg-wirtschaftsminister-habeck-kuendigt-harte-zeiten-an-79632310.bild.html

[2] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.3.2022; www.faz.net/aktuell/politik/inland/habeck-zu-ukraine-krieg-deutschland-muss-dienend-fuehren-17870492/es-gibt-im-moment-keine-17870488.html

[3] Zit. wie www.bild.de/politik/inland/politik-inland/schock-satz-von-habeck-muessten-industrie-drosseln-oder-abschalten-84317384.bild.html

[4] Vgl. Annalena Baerbock: Angriff auf die Ukraine! EU-Paket mit Sanktionen? «Das wird Russland ruinieren»; 25.2.2022; www.youtube.com/watch?v=r2Vskc9XmY (25.8.2022)

[5] Zit. wie www.youtube.com/watch?v=wUFEzXcWn74, ab 10:14 h (25.6.2023)

[6] Dazu: Wolfgang Bittner, «Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise», Verlag zeitgeist 2019, S.141 ff.

[7] Ebd., S. 146 ff.

Der Schriftsteller und Publizist Wolfgang Bittner ist Autor zahlreicher Bücher. Zuletzt erschien das Sachbuch «Ausnahmestand – Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts», Verlag zeitgeist, 2023.

Quelle: <https://uncutnews.ch/deutschland-unter-vormundschaft/>

Der ukrainische Stellvertreterkrieg ist ein totales Desaster für die USA/NATO

uncut-news.ch, Juli 6, 2023

Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Russland kann zunehmend als katastrophale Niederlage für die Vereinigten Staaten und die NATO angesehen werden. Dieses verblüffende Ergebnis sollte weltweit für Schlagzeilen sorgen. Stattdessen rotiert die westliche Medienmaschinerie im Eiltempo um eine gescheiterte Meuterei in Russland, die auf der objektiven Skala wichtiger Ereignisse im Vergleich zur kolossalen US/NATO-Schweinerei relativ unbedeutend ist.

Eine einmonatige ukrainische Gegenoffensive hat der russischen Verteidigung nichts anhaben können, obwohl der NATO-Block dem Kiewer Regime Waffen im Wert von Milliarden Dollar und Euro zur Verfügung gestellt hat. Das ist eine wahrhaft verblüffende Katastrophe und ein Skandal. Der völlig unnötige Tod und die Zerstörung sind obszön – vergleichbar mit dem Abschlachten im Ersten Weltkrieg durch gefühllose Sesselgeneräle und Politiker.



Sogar westliche Beamte und das korrupte, geldgierige Kiewer Regime geben schüchtern zu, dass die viel gepriesene Gegenoffensive – die monatelang als erwarteter Hammerschlag gegen die russischen Streitkräfte gepriesen worden war – ein Fehlschlag ist. Tausende von ukrainischen Soldaten sowie verdeckt vor Ort eingesetzte NATO-Spezialkräfte sind getötet worden. Hunderte von Panzern und Infanteriefahrzeugen wurden von der überlegenen russischen Feuerkraft pulverisiert.

Es ist ein Gemetzel und eine Kriegsorgie, die die amerikanischen und europäischen politischen Eliten zusammen mit ihren medialen Dienern endlos gefördert haben.

Die amerikanischen und europäischen Machthaber, die alles auf ihr ruchloses Ziel der «strategischen Niederlage Russlands» gesetzt haben (unter dem fadenscheinigen Deckmantel der «Verteidigung der Demokratie» in einem Naziregime!), werden in der Hölle schmoren.

Die politischen Konsequenzen für US-Präsident Joe Biden werden sein Afghanistan-Abzugsdebakel im Jahr 2021 wie ein Picknick aussehen lassen, denn im nächsten Jahr stehen Präsidentschaftswahlen an.

Was die Europäische Union betrifft, deren Führer sklavisch Washingtons Dummheit in der Ukraine gefolgt sind, so werden die Auswirkungen des wirtschaftlichen und politischen Chaos dieses bereits schwankende Gebilde fatal untergraben.

Letzten Endes führt kein Weg an der bevorstehenden seismischen geopolitischen Krise vorbei, ganz gleich, wie sehr sich die westlichen elitären Irrläufer drehen und winden, um der Verantwortung zu entgehen.

Die Aufregung in der vergangenen Woche um die Prigoschin-Affäre in Russland, mit einem Meutereiversuch des Chefs des privaten Militärunternehmens Wagner, kam für die USA und die EU zu einem günstigen Zeitpunkt. Sie lenkte für einen Moment von der Katastrophe ab, die Washington und seine NATO-Verbündeten in der Ukraine angerichtet haben. Doch während sich die Scharade um Prigoschin auflöst, wird sich der Fokus zu Recht auf den weitaus grösseren Skandal der vom Westen angeführten Niederlage in der Ukraine richten.

Wer wird für die zahllosen verlorenen Menschenleben, die Millionen von Vertriebenen und die ins Chaos gestürzten amerikanischen und europäischen Volkswirtschaften und Existenzen eintreten? Alle sogenannten Führer des Westens sowie die schamlosen Medien, die den Krieg propagieren, sind eine Schurkenbande, die zu gegebener Zeit von der Öffentlichkeit auf Herz und Nieren geprüft werden wird, wenn sich das alles unweigerlich rächen wird.

Beunruhigend ist jedoch, dass die verrückten Machthaber in Washington und Europa auf kurze Sicht keinen Bezug zur Realität haben und in ihrer Kriegsbesessenheit nicht zurückstecken.

In dieser Woche schlägt der angebliche Spitzendiplomat der Europäischen Union, Josep Borrell, vor, die sogenannte Europäische Friedensfazilität der Union in einen «Verteidigungsfonds für die Ukraine» umzuwandeln. Die EU hat bereits über 50 Milliarden Euro an Steuergeldern für die Stützung des Neonazi-Regimes in Kiew bereitgestellt. Jetzt wollen nicht gewählte Bürokraten wie Borrell den gesamten Zweck der EU zu einem Bankier für den Krieg in der Ukraine machen.

Dänemark hat in dieser Woche unter anderen europäischen Staaten die Führung übernommen und ein Pilotentrainingsprogramm für ukrainische und andere NATO-Söldner zum Fliegen der in den USA hergestellten F-16-Kampffjets gestartet.

Berichten zufolge steht das Weisse Haus von Biden kurz davor, die Lieferung von ATACMS-Langstreckenraketen an die Ukraine zu genehmigen, die in der Lage wären, Angriffe auf russisches Territorium zu starten. Biden hat bereits 150 Milliarden Dollar an öffentlichen Geldern verbrannt, um ein korruptes Kiewer Regime zu stützen, dessen Armee und NATO-Waffen ausgelöscht worden sind. (Natürlich ist dies ein äusserst lukratives, sich selbst verstärkendes Geschäft für den militärisch-industriellen Komplex der USA und ihre politischen Zuhälter in Washington, zu denen auch Biden gehört).

Mit anderen Worten: Anstatt sich mit der Realität abzufinden, dass der von den USA geführte Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Russland dem Untergang geweiht ist, verdoppeln die Biden-Regierung und ihre europäischen Lakaien ihren Einsatz. Sie stecken in ihren eigenen ideologischen Zwangsjacken und ihren korrupten persönlichen Interessen fest, in den kurzfristigen Profiten der Kriegselite und ihrer Russophobie. Westliche Führer ziehen sogar die verdrehte Schlussfolgerung, dass die gescheiterte Meuterei in Russland ein Grund mehr für die USA und die NATO sei, die Waffen an das Kiewer Regime zu liefern. Der amerikanische Aussenminister Antony Blinken freute sich diese Woche über die vermeintliche Gelegenheit, Russland eine strategische Niederlage beizubringen. Ein solches Denken ist völlig wahnhaft und wahnsinnig gefährlich.

Der Konflikt in der Ukraine könnte in kurzer Zeit beendet werden. Er hätte nie begonnen werden dürfen. Die Lösung zur Beendigung der Gewalt ist dieselbe, die Moskau schon vor langer Zeit befürwortet hat: Die Formulierung geopolitischer Sicherheitsvereinbarungen und insbesondere die Neutralität der Ukraine im Hinblick auf den Beitritt zur NATO.

Die westlichen Machthaber haben nichts dazugelernt. Im Vorfeld des NATO-Gipfels in zwei Wochen, der am 11. und 12. Juli in Vilnius stattfindet, fordern Grossbritannien und andere, die Mitgliedschaft der Ukraine zu beschleunigen. Ein solcher Schritt wird den Weg zum totalen Krieg mit Russland festigen.

Wenn man die Ukraine weiter aufrüstet und auf eine NATO-Mitgliedschaft drängt, gräbt man sich nicht nur selbst ein tieferes Loch. Man treibt damit die Situation über den Abgrund.

Vassily Nebeniza, Russlands Botschafter bei den Vereinten Nationen, sagte diese Woche vor dem Sicherheitsrat: «Um diesen Krieg zu beenden, müssen die amerikanischen Herren ihren Vasallen Befehle erteilen. Das Fehlen solcher Signale und Befehle deutet nur auf eines hin: Die Vereinigten Staaten haben weder die Notwendigkeit noch den Wunsch, den Konflikt zu beenden, sondern sie haben Appetit auf seine Fortsetzung und sehen voraus, wann Russland besiegt sein wird, vorzugsweise [nach amerikanischer Lesart] strategisch. Ich möchte Ihnen sagen, dass das nicht passieren wird.»

Der russische Gesandte fügte diese düstere Warnung hinzu: «Völlig losgelöst von der Realität provoziert der Westen absichtlich eine direkte Konfrontation zwischen Atommächten.»

Es besteht die Vorahnung, dass die westliche Elite lieber einen Dritten Weltkrieg anzetteln würde, als sich der Verantwortung für ihre Nemesis Ukraine zu stellen. Das ist die verdammenswerte Erkenntnis über die westliche politische Klasse und ihre sogenannte liberale Demokratie. Es ist eine faschistische Kabale, die bereit ist, die Welt in den Selbstmord zu treiben.

Bis zu einem unbestimmten Punkt kann Russlands gewaltige militärische Abschreckung die westliche Kabale von ihren kriegstreiberischen Wahnvorstellungen abhalten und auf diese Weise das westliche psychopathische System zunehmend als das entlarven, was es ist. Für einen historischen Übergang zu einer friedlicheren Welt liegt es jedoch an den Menschen im Westen, ihr kriegstreiberisches System zu Fall zu bringen und ihre kriminellen Irrläufer zur Rechenschaft zu ziehen. Falls der Dritte Weltkrieg in der Zwischenzeit vermieden werden kann.

QUELLE: MEANWHILE IN OTHER NEWS... UKRAINE PROXY WAR IS AN UNMITIGATED DISASTER FOR U.S./NATO

ÜBERSETZUNG: FRITZTHECAT

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-ukrainische-stellvertreterkrieg-ist-ein-totales-desaster-fuer-die-usa-nato/>

Warum hat die gesamte westliche Welt den Rechtsstaat abgeschafft? Ein wahrheitsgetreuer Bericht über Julian Assanges «Verbrechen»

Paul Craig Roberts

Julian Assange wird seit mehr als einem Jahrzehnt unter falschen Anschuldigungen schikaniert und seit einem Jahrzehnt in der ecuadorianischen Botschaft in London, im Gefängnis oder unter Hausarrest gehalten.

Assanges Probleme begannen, als zwei schwedische Frauen ihn jeweils mit nach Hause in ihr Bett nahmen und sich später beschwerten, dass er kein Kondom benutzt hatte. Eine oder beide wollten, dass er sich einem Aids-Test unterzieht. Dummerweise weigerte er sich, und eine oder beide Frauen gingen zur Polizei, um herauszufinden, ob er zum Test verpflichtet werden konnte.

Die korrupte oder dumme Polizei machte aus der Anzeige der Frauen eine Vergewaltigungsanzeige. Eine schwedische Staatsanwältin, die gegen Assange wegen Vergewaltigung ermittelte und keine Vergewaltigung feststellte, zog den Haftbefehl wegen angeblicher Vergewaltigung einen Tag nach dessen Ausstellung zurück. «Soweit es mich betrifft, gibt es keine Gründe mehr für den Verdacht, dass er (Assange) eine Vergewaltigung begangen hat», sagte Oberstaatsanwältin Eva Finne am 21. August 2010. Die westlichen Hurenmedien setzten die falsche Vergewaltigungsgeschichte natürlich ein Jahrzehnt lang fort.

Assange war frei und ging nach Grossbritannien. Eine zweite schwedische Staatsanwältin, die stellvertretende Chefanklägerin Eva-Marie Persson, die von einigen verdächtigt wird, bestochen worden zu sein, um Washington zu helfen, seine schmutzigen, korrupten Hände an Assange zu bekommen, nahm das Verfahren gegen Assange unter einem falschen Vorwand wieder auf. Sie wollte ihn zum Verhör nach Schweden ausliefern lassen, aber Auslieferungen zur Einvernahme werden nicht gewährt. Es muss eine von einem Gericht anerkannte Anklage vorliegen. Die zweite schwedische Staatsanwältin hatte keine Anklage. Assange und seine Unterstützer gingen davon aus, dass sie ihn an die Amerikaner ausliefern würde, wenn sie ihn nach Schweden bringen würde. Assange sagte, sie könne ihn im Vereinigten Königreich verhören. Das Ergebnis war, dass die Briten ihrem Herrn in Washington gehorchten und den Auslieferungsantrag nutzten, um Assange unter Hausarrest zu stellen. Als die Briten Assange 2019 in ihre Hände bekamen, hatte Perssons «Untersuchung» ihren Zweck erfüllt und sie liess ihre «Untersuchung» fallen.

Assange wurde klar, dass das korrupte britische «Justiz»-System nach einem Weg suchte, das britische Recht zu umgehen, damit die britische Regierung ihn an Washington ausliefern konnte. Washington war dabei, eine Geschichte auszuhecken, die besagte, dass Assange sich mit Hackern verschworen hatte, um Geheimnisse der nationalen Sicherheit der USA zu stehlen, und diese falsche Geschichte an ein dummes Geschworenengericht zu verkaufen. Alles, was Assange getan hatte, war, ihm zugespielte Dokumente zu veröffentlichen, was Journalisten schon immer getan haben.

Der Präsident von Ecuador, Rafael Correa, gewährte Assange politisches Asyl, und Assange floh in die ecuadorianische Botschaft in London. Doch die Briten weigerten sich, sein Asyl anzuerkennen, so wie die Sowjets

sich weigerten, das Asyl anzuerkennen, das die USA dem ungarischen Kardinal Mindszenty gewährten, der 15 Jahre lang in der US-Botschaft in Budapest leben musste. Der nächste Präsident Ecuadors, Lenin Moreno, der von vielen als ein Stück Dreck angesehen wird, steht im Verdacht, sich von Washington bestechen zu lassen, um Assange 2019 das Asyl und die ecuadorianische Staatsbürgerschaft zu entziehen. Die Briten haben Assange aus der Botschaft gezerrt und halten ihn seit vier Jahren in Einzelhaft, während die korrupte britische Justiz das Gesetz umgeht, um Assange an Washington auszuliefern.

Dies zeigt uns, dass weder die USA noch das Vereinigte Königreich über ein Rechtssystem verfügen. Sie haben das Recht zur Waffe gemacht. Die Briten haben es geschafft, indem sie vorgaben, legal zu sein, während sie immer einen Weg fanden, das Gesetz zu umgehen. Die USA haben sich nicht die Mühe gemacht und einfach erklärt, dass Journalisten, die undichte Stellen im Bereich der nationalen Sicherheit veröffentlichen, Spione sind. Diese Behauptung scheiterte in den 1970er Jahren, als sie gegen Daniel Ellsberg verwendet wurde, der die Pentagon Papers an die New York Times weitergab. Vor fünfzig Jahren hatte man im Gegensatz zu heute noch Respekt vor der US-Verfassung.

Man muss sich fragen, wie die korrupten amerikanischen Staatsanwälte, die einen gefälschten Fall gegen Assange aufbauen, von irgendjemandem respektiert werden können oder überhaupt noch Karriere machen können. Das Gleiche muss man sich über die korrupten britischen Richter fragen. Wer würde mit solchem Abschaum überhaupt sprechen? Die US-Senatoren Mark Warner und Lindsey Graham halten Assange, einen ehrlichen Journalisten, für einen «engagierten Komplizen bei den Bemühungen, die amerikanische Sicherheit zu untergraben». Diese Art von Dummheit und Hass auf die Rechte des ersten Verfassungszusatzes beherrscht inzwischen die amerikanische Politik.

Wie kann ein Stück Dreck wie Lenin Moreno erwarten, irgendwo in Politik und Gesellschaft höflich empfangen zu werden?

Die amerikanischen und britischen Hurenmedien haben natürlich ihre eigenen Rechte auf den ersten Verfassungszusatz weggeworfen, indem sie sich auf Assange stürzten, weil er ein Verräter und eine verwöhnte Göre ist. Die Hurenmedien vertuschten die Verbrechen, die die Regierungen gegen Assange begingen, indem sie nur die offiziell erfundene Falschmeldung verbreiteten.

Als die westlichen Medien Assange im Stich liessen, gaben die Vollidioten ihre eigene Unabhängigkeit und ihr Recht auf Berichterstattung auf. Heute dürfen die westlichen Medien nur noch als Propagandaministerium für die herrschenden Eliten fungieren.

erschieden am 5. Juli 2023 auf> Paul Craig Roberts' Website

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_07_05_warumhat.htm

Krieg und Wahrheit – Der Westen hätte den Ukraine-Krieg vermeiden können

Autor: Günther Moewes, 5. Juli 2023

Grundsätzlich muss gelten: Wer zuerst Gewalt anwendet, darf nicht ungestraft davonkommen. Wer geforderte und berechnete Sicherheitszusagen verweigert, aber auch nicht. Dieser Beitrag ist der Versuch, der weitgehend emotional geführten Meinungskampagne westlicher Parteien und Mehrheitsmedien einige bisher kaum bekannt gewordene Fakten entgegenzusetzen.



(Foto Josef H. Neumann)

Der uralte Bellizismus in uns

Eine Zeit lang konnte man denken, der Bellizismus sei in Deutschland weitgehend überwunden. Unsere Bundeswehr ist sympathischer als alle bisherigen deutschen Armeen, erst recht als die Stechschrittarmeen Chinas und Russlands. Wir haben inzwischen sogar einen überzeugenden Pazifismus. Und wir hatten zu Zeiten Petra Kellys und Antje Vollmers einmal eine veritable Friedenspartei. Wie konnte es dann jetzt wieder zu einem so plötzlichen Ausbruch von Bellizismus kommen, insbesondere in den Mehrheitsparteien und -medien?

Ein stillschweigender Bellizismus schlummert sowieso noch in Deutschland und Europa. In Geschichtsbüchern bekommen Herrscher, die in Kriegen möglichst viel Land und Macht erobert hatten, den Beinamen die «Grossen» oder die «Eroberer»: Alexander, Karl, Otto, Friedrich, Peter, Katharina und «William the Conqueror» – alles «Grosse». Im Lateinunterricht ging es immer um «bellum». Und Napoleon, der im ersten grossen Feldzug gegen Moskau sinnlos 300'000 seiner eigenen Landsleute verheizte, wird von den Franzosen immer noch liebevoll im Invalidendom aufbewahrt. Wer das nicht schaffte, wurde wenigstens in Mausoleen bestattet oder in heroischen Reiterstandbildern verewigt. Das alles steckt immer noch tief in uns allen.

Kriege können auch aus Mangel an Objektivität entstehen: Jeder hält sich für die Inkarnation des Guten und den Gegner für die des Bösen. Keiner begreift mehr, welche Provokation das eigene Reden und Handeln für den anderen bedeutet. Keiner begreift mehr, dass die Sicherheitsbedürfnisse des Gegners berechtigt und ernst gemeint sind.

Jeder befürchtet, etwaige eigene Zweifel könnten als Schwäche ausgelegt werden. Das Freund-Feind-Denken bestimmt das Regierungshandeln und den Tonfall der Medien. Folgen werden immer weniger durchdacht, Risiken geschönt. Es wird immer schwieriger, davon wieder herunterzukommen. Auch deshalb sind Verhandlungen so wichtig.

Bellizisten bedienen sich seit ewig immer und überall der gleichen Parolen: «Deutschland wird am Hindukusch verteidigt.» Hat man ja gesehen. Wer sich gegen die Lügen des eigenen Lagers stellt, «besorgt das Geschäft des Feindes». «Der Feind ist nur an den Verhandlungstisch zu bringen, wenn er sieht, dass er den Krieg nicht gewinnen kann.» Ein bekannter Kriegshistoriker, der noch nie fürchten musste, selbst in einem Krieg kämpfen zu müssen, prägte den Begriff «Unterwerfungspazifismus». Klar: Wenn der Pazifismus um sich greift, hat er nichts mehr zu schreiben. Alles Selbstläufer der Eskalation. Pure Kriegstreiberei. Da das die Feinde auf beiden Seiten der Front immer gleichzeitig und meist weitab vom Schlachtfeld sagen, dauert das eben mal vier oder dreissig Jahre lang, bis beide Seiten ihre Fehler einsehen. Bellizisten gehen von der Annahme aus, dass nur Parteilichkeit den Sieg bringt. Pazifisten gehen von der Annahme aus, dass nur Unparteilichkeit den Frieden bringt. Meist haben auf beiden Seiten Bellizisten das Sagen. Aber selbst, wenn nur auf einer Seite Bellizisten sitzen, behalten sie die Oberhand.

So ist der erste Weltkrieg entstanden. Niemand hat ihn wirklich gewollt. Niemand hatte mit einem Gemetzel dieses Ausmasses und mit neun Millionen Toten gerechnet. Die Kaiser und Fürsten Europas waren ja alle miteinander verwandt und duzten einander. Man rüstete eigentlich nur wie wild auf, weil die Verwandten aufrüsteten und man ihnen nicht nachstehen wollte. Und man machte sich vor, das eigene Aufrüsten würde sie eher von einem Krieg abschrecken. Obwohl die damaligen Staatsoberhäupter noch keine Wahlen zu fürchten hatten, trieb die damalige Presse sie vor sich her. Kriegsbegeisterung war schon immer einträglicher als Pazifismus. Und natürlich spielte auch immer eine Rolle, dass die Anstifter nicht selber an die Front mussten. Könnte es sein, dass heute die erstaunlich bellizistischen Töne der grünen «Friedenspartei» und einiger FDP-Frauen eine ähnliche Ursache haben? Auch vor dem ersten Weltkrieg waren SPD und Linke als einzige gegen den Krieg. Diese beängstigenden Parallelen zwischen damals und heute sind auch dem inzwischen hundertjährigen Henry Kissinger aufgefallen. Er weist darauf hin, dass nicht einseitiges Vormachtstreben das Kriegsrisiko verringere, sondern nur eine vernünftige Machtbalance. Und dass man Verhandlungen nicht erreiche, ohne Verhandlungsmasse anzubieten. «Die Welt ist näher an 1914 als an 1939», titelte die «Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung». Hoffentlich ist sie nicht näher am Atomkrieg als an 1914.

Über den Ukraine-Krieg

Schon jetzt ist die Bilanz des Ukraine-Kriegs vernichtend. 17 Prozent Geländegewinn Russlands und geschätzte 280'000 bis 340'000 Tote. Erinnert an Verdun. Ein «völkerrechtswidriger Angriffskrieg» heisst es im Westen. Auch das glaubt jeder. Schliesslich hat Russland ja die Ukraine überfallen und nicht die Ukraine Russland. Der Überfallene durfte bisher im Gegenzug noch nicht einmal in das Land des Aggressors eindringen. Angriffskriege sind laut UN-Charta verboten, Selbstverteidigung dagegen nicht. Allerdings klingt das Wort «völkerrechtswidrig» aus westlichem Munde zynisch: Vietnamkrieg, Irakkrieg, Libyenkrieg, Serbienkrieg, Besetzung der Golanhöhen – alles westliche, völkerrechtswidrige Angriffskriege ohne UN-Beschluss und ohne vorausgegangenen Angriff der Überfallenen.

War der Ukraine-Krieg also ein unerwarteter «Überfall», wie der Westen das gern behauptet? Allen voran Frau Baerbock und ihre ehemalige «Friedenspartei». Putin hatte ja nach Abschluss der Minsker Verhandlungen I und II mehrfach Sicherheitszusagen von Nato und USA gefordert. Diese Verbalnoten sind alle dokumentiert, wurden aber vom Westen weitgehend totgeschwiegen. Schon am 15.4.21, also zehn Monate vor Beginn des unerwarteten «Überfalls», hatte die deutsche Wochenzeitung «Die Zeit» gerätselt, warum Putin wohl bei Woronesch nahe der ukrainischen Grenze 70'000 Soldaten zusammengezogen habe. So unerwartet kann der «Überfall» also nicht gewesen sein. Zwei Monate vor Kriegsbeginn sandte Putin der Nato und den USA am 17.12.21 noch einmal je einen Vertragsentwurf zu. Der an die Nato enthielt 13 Punkte, an die USA sieben weitere Punkte. Über diese Vertragsentwürfe wurde zwar von einigen deutschen Medien berichtet. Von den USA und der Nato wurden sie aber nicht beantwortet. Auch nicht von der am 7.1.22 dazu ein-

berufenen ausserordentlichen digitalen Zusammenkunft aller 30 Nato-Aussenminister. Lediglich auf der danach stattfindenden Pressekonferenz erklärte Nato-Generalsekretär Stoltenberg: Jedes Land habe das Recht, jedes Bündnis selbst zu wählen, dem es beitreten wolle. Diese Aussage beweist wenigstens, dass Putin vorher Einwände geltend gemacht haben muss. Auch das wird ja bisweilen bestritten. Anderthalb Monate später begann der Krieg.

Worum ging es Putin in seinen Verbalnoten und Vertragsentwürfen? Es ging ihm vor allem darum, dass die Ukraine nicht der Nato beitrifft und dass dort keine Raketen oder gar Atomwaffen stationiert werden. Das war ja bereits weitgehend in den Minsker Abkommen zugesagt worden, neben vielen anderen Punkten. Diese «anderen Punkte» waren aber von der Ukraine überhaupt nicht eingehalten worden. Offenbar mit stillschweigender Duldung durch die USA. Putin musste deshalb befürchten, dass auch kaum die Absicht bestand, sie künftig einzuhalten. Das wurde durch die Äusserung Angela Merkels unfreiwillig bestätigt, wonach sie in den Minsker Verhandlungen vor allem den Zweck gesehen hätte, Zeit für die allzu unvorbereitete Ukraine zu gewinnen. Sie hielt diese Feststellung wohl für eine geschickte Ausrede gegenüber den plötzlichen und schäbigen Anfeindungen der Meinungsmedien gegenüber der früheren Russlandpolitik von Schröder, Steinmeier und ihr. Und sie bedachte wohl nicht, dass sie dadurch nur Putins alten Verdacht bestätigte, die langwierigen Minsker Verhandlungen seien vom Westen von vornherein in der Absicht geführt worden, die Ergebnisse nicht einzuhalten.

Waren Putins Forderungen nach Sicherheitszusagen berechtigt? Vielleicht kann man das am besten durch einen Vergleich mit einer anderen historischen Krise verdeutlichen: Schon einmal hat ja die Konfrontation zwischen Russland und den USA beinahe den dritten Weltkrieg ausgelöst. Das war 1962 in der dreizehntägigen Kubakrise: Der damalige sowjetische Staatschef Chruschtschow war Ukrainer, wie auch sein Nachfolger Breschnew. Der sogenannte Kalte Krieg war damals auf dem Höhepunkt. Chruschtschow hatte mit Fidel Castro heimlich verabredet, sowjetische Atomraketen auf Kuba zu stationieren. Von dort sind es 200 km bis Florida und 1800 km bis Washington. Die US-Aufklärer entdeckten die sowjetischen Schiffe mit den deutlich sichtbaren Raketen auf dem Atlantik. Kennedy kündigte an, die Schiffe zu versenken, falls sie nicht sofort umkehren würden. Die Welt hielt den Atem an. Ein Atomkrieg stand im Raum. Aber Chruschtschow lenkte ein. Die sowjetischen Schiffe kehrten um. Die Entschlossenheit Kennedys und das Einlenken Chruschtschows haben uns damals womöglich vor dem dritten Weltkrieg bewahrt. Jeder hielt es damals für selbstverständlich, dass Kennedy 200 km vor Florida und 1800 km vor Washington keine russischen Atomraketen haben wollte. Wären die sowjetischen Schiffe nicht umgekehrt und Kennedy hätte sie versenken lassen, niemand hätte ihm einen «Angriffskrieg» vorgeworfen. Nicht einmal, wenn er die Raketen erst zerstört hätte, nachdem sie auf Kuba angekommen waren.

Die Nato hätte den Krieg vermeiden können

Damals war es Chruschtschow, der den Krieg vermieden hat. Für das Erkennen von Kriegsursachen ist also immer die Frage wichtig: Wer hätte den Krieg am ehesten vermeiden können? Wäre die Nato 2021 auf die Vertragsvorschläge Russlands eingegangen, hätte sie ja keinerlei Beeinträchtigung ihrer bisherigen Verteidigungsfähigkeit hinnehmen müssen. Russland dagegen hätte den Ukraine-Krieg nur verhindern können, wenn es US-Raketen 410 km vor Moskau hingenommen hätte. Das wäre ein dramatischer Sicherheitsverlust gewesen. Obamas zynische Parole von der «Regionalmacht» Russland war Programm, Teil der ewigen US-Hegemoniesucht. Putins einzige Reaktionsmöglichkeit war von den USA und von der Nato genau einkalkuliert. Sicherheit darf aber niemals nur als die eigene verstanden werden, sondern immer nur als die beiden Seiten.

Fazit: Der Ukraine-Krieg hätte am ehesten verhindert werden können, wenn die Nato auf Russlands berechnete Forderung nach vertraglichen Sicherheitszusagen eingegangen wäre.

Wer ist also Verursacher eines Krieges? Wer vorher mehrfach Verhandlungsvorschläge gemacht hat, oder wer diese Vorschläge ständig ignoriert oder abgelehnt hat? Der «Aggressor» muss also nicht immer auch der Urheber des Krieges sein. Diesen eigentlichen Urheber auszumachen ist der wichtigste Schritt weg vom Langerdenken, hin zur Objektivität. Auch das westliche Täter-Opfer-Klischee ist eine Verdrehung. Die Täter sind immer die Regierungen, die Opfer immer die Bevölkerungen. Mit den Methoden Ghandis hätte Putin die Stationierung von US-Raketen 410 km vor Moskau jedenfalls nicht verhindern können. Der Westen ist also nicht ganz so unschuldig wie er tut. «Die Nato und die EU ... haben alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte ... Im Dezember 2021 haben ... Putin und ... Biden telefoniert. Putin wollte über die Ukraine reden, Biden hat das abgelehnt», sagt Gregor Gysi. Das ist eher eine Verharmlosung.

USA und Nato haben alle Forderungen, Verbalnoten und Vertragsentwürfe Putins gezielt ignoriert oder abgelehnt. Es ist ausgeschlossen, dass sie nicht wussten, in welche Situation sie Putin damit brachten. Sie haben so den Krieg gezielt unausweichlich gemacht.

Es sollte deshalb in die UN-Charta der Satz aufgenommen werden: Jede Nation, Regierung oder Militärorganisation, die vor einem Krieg Verhandlungen ablehnt, gilt künftig als Aggressor.

Der Politikwissenschaftler Nico Lange sagt: «Russland hat einen der grössten Kriege nach dem 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen.» Solche Sätze sind nach dem hier Gesagten und angesichts der US-Angriffskriege in Vietnam, Irak, Afghanistan und Serbien absurd.

Gibt es irgendein Verbrechen Putins, das die USA nicht im Monumentalformat begangen haben? Völkerrechtswidrige Angriffskriege? Erlogene Kriegsvorwände? Mutwillige Tötung von Zivilisten? Gefangenenfolter? Lager- und Isolationshaft ohne Urteil? Umgang mit Regimegegnern und Whistleblowern? Ausschluss regimekritischer Journalisten? Fake News?

Da wäre allerdings noch die Verschleppung Tausender Heimkinder aus dem besetzten Donbas. Später räumten einige TV-Sender ein, viele Kinder seien mit Zustimmung ihrer russlandfreundlichen Eltern aus dem Kriegsgebiet in russische Erholungsheime gebracht worden. Da hatte der Internationale Strafgerichtshof schon seinen Haftbefehl gegen Putin erlassen. Und im deutschen TV jubelten alle: Jetzt sei Putins Reiseradius drastisch eingeschränkt. Doch der Schuss ging voll nach hinten los: Zuerst wies «Die Zeit» auf die unerträgliche Doppelmoral hin. Dann Amnesty International. Und mit einem Mal waren die Medien voll von Beiträgen, die fragten, wer da wohl alle aus dem Westen eher einen Haftbefehl verdient hätte.

Ist der bei seiner Bundestagsrede 2001 so gefeierte Putin plötzlich böse geworden? Jedenfalls wurde der abrupte Bruch der deutschen Russland-Politik nicht von Russland ausgelöst, sondern vielmehr unter dem Druck von USA und Medien in Deutschland und Europa. Dieser Bruch ist vor allem eine Frage der involvierten Persönlichkeiten: Auf der einen Seite standen und stehen u.a.: Antje Vollmer, Günter Verheugen, Klaus von Dohnanyi, Walter Steinmeier, Willy Brandt, Johannes Rau, Egon Bahr, Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Sarah Wagenknecht, Kohl, Genscher, Michael von der Schulenburg, sowie Habermas, Franz Alt, Alice Schwarzer, Wolfgang Streeck, Richard David Precht. Und in den USA: Kissinger, Mearsheimer, Kennan, Matlock, Burns, Gates, Wertheim und sogar Reagan. Nicht alle waren Pazifisten, aber wenigstens um Objektivität bemüht. Auf der anderen Seite: Baerbock, Strack-Zimmermann, van der Leyen, Hofreiter, Stoltenberg, Obama, Biden, Blinken und der halbe Olaf Scholz. Sowie Herfried Münkler. Sie setzen Russland offenbar noch immer mit der Sowjetunion gleich. Der Leser mag sich aussuchen, auf wessen Seite er stehen will.

Auch das entschuldigt immer noch nicht die Brutalität von Putins späterem Angriff. Gregor Gysi sagt, Putin habe sich «von seinen Geheimdiensten einreden lassen, die russische Armee würde in der Ukraine freudig begrüsst». Dann hätte er sofort nach Feststellung dieses Irrtums erneut auf Gespräche setzen müssen. Genau das hat er tatsächlich auch getan: Kurz nach Beginn des Krieges war der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett auf Bitten Selenskys nach Moskau geflogen und hatte noch einmal zu vermitteln versucht. Er berichtete, dass Putin und Selensky zu grossen Zugeständnissen bereit waren und ein Waffenstillstand zum Greifen nah war. Doch vor allem Grossbritannien und die USA hätten diesen Vermittlungsversuch beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt.

«Die Nato trägt eine Mitverantwortung», wie es in einer Erklärung von sieben Bundestagsabgeordneten der Linken vorsichtig heisst. Die USA wollen erreichen, «dass der Ukraine-Krieg Russland über Jahre militärisch bindet und wirtschaftlich ruiniert und zugleich die Nato ... zusammenhält», wie es Wolfgang Streeck formuliert. Jeffrey Sachs, ehemaliger Harvard-Professor und Sonderberater von UN-Generalsekretär Guterres, formulierte es so: «Die Ukraine weigerte sich, die Minsk-Abkommen umzusetzen. Ende 2021 machte Putin Russlands rote Linien deutlich: Eine Nato-Erweiterung mit der Ukraine sei nicht akzeptabel ... und die Minsk-Abkommen müssten umgesetzt werden. Doch die Biden-Administration weigerte sich, über die Nato-Erweiterung zu verhandeln.»

Offenbar reichen den USA ihre 350 Atombomben in Deutschland, Benelux und Italien nicht aus. Jede mit bis zur 13-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Die Bemühungen um das ferne Georgien zeigen eine regelrechte Einkreisungsstrategie. Wenn die elf osteuropäischen Staaten nur aus dem Warschauer Pakt ausgetreten wären, hätte das für Russland schon einen enormen Machtverlust bedeutet. Durch ihren Nato-Beitritt hat sich dieser Machtverlust aber praktisch verdoppelt. Als der Nato unerwartet und unverdient diese gewaltige Ausdehnung in den Schoss fiel, hätte jeder halbwegs vernünftige westliche Politiker sagen müssen: Jetzt müssen wir aber sehr vorsichtig und diplomatisch sein, um Russland nicht noch weiter zu brüskieren. Genau das hat ja die eine der beiden oben beschriebenen Persönlichkeitsgruppen getan.

Der neue kalte Krieg hatte ja nicht erst mit der Verweigerung der Sicherheitszusagen begonnen, sondern bereits 2004 mit der massiven finanziellen Unterstützung der russlandfeindlichen ukrainischen Opposition. Er ging also von den USA aus. Es waren dieses Mal nicht die Republikaner, sondern die beiden Demokraten Obama und sein Vize und Ukraine-Beauftragter Biden, die es offenbar darauf angelegt hatten, Russland um jeden Preis zu schwächen. Nach Obamas bösem Wort von der «Regionalmacht» hatte Biden 2021 Putin lange vor dem Ukraine Krieg als «Killer» bezeichnet und später über ihn gesagt: «Der Mann kann nicht an der Macht bleiben.» Das hatten die Russen noch nicht einmal über Johnson oder Bush gesagt, die den Vietnam- und Irakkrieg unter erlogenen Vorwänden und mit Millionen Toten angezettelt hatten. Biden versorgte dann die Ukraine so lange mit Dollar-Strömen, bis er den Wahlsieg der westfreundlichen Julia Timoschenko über den russlandfreundlichen Janukowitsch erreicht hatte. Er hat so nach und nach die ursprüngliche Russlandfreundlichkeit der Ukraine von West nach Ost auf den russischsprachigen Donbass verdrängt. Glaubt man dem damaligen Ukraine-Präsidenten Asarow, haben die US-Finanzströme 2013 auch den Mai-

dan-Aufstand gegen sein russlandfreundliches Regime ausgelöst. Im deutschen TV wurde damals ganz offen darüber diskutiert, dass es den USA darum ging, Russland mit seinem ewigen Hafenproblem den Hafen Sewastopol auf der Krim wegzunehmen. Das mühsam ausgearbeitete Minsk-Abkommen wurde von beiden Seiten gebrochen. In der Ukraine agierten US-Geheimdienste und dort wurden Manöver unter Beteiligung von Nato-Soldaten abgehalten.

Ist also Putin ein Unschuldengel? Ganz gewiss nicht. Aber immer bloss Kritik am Gegner üben, fördert nur die Eskalation und wird bereits von Meinungspolitik und Meinungsmedien ausgiebig genug betrieben. Nur Fakten und Selbstreflexion wirken der Eskalation und dem Freund-Feind-Denken entgegen.

Der Krieg schadet vor allem dem Ansehen des Westens

Wie wird dieser Krieg ausgehen? Selbst wenn es gelingt, einen atomaren dritten Weltkrieg zu verhindern, wird es, wie immer, auch dieses Mal nicht nur einen Verlierer geben. Sondern drei: 1.) Die Ukraine wird selbst dann Verlierer sein, wenn sie wider Erwarten die russlandfreundlichen und russischsprachigen Gebiete zurückerobert oder -bekommen würde. Denn selbst das würde die unnötig hohen Todeszahlen, Zerstörungen und die Klimafolgen des Wiederaufbaus nicht aufwiegen. 2.) Auch Russland wird Verlierer sein, selbst wenn es die Krim und den Donbass dauerhaft behalten würde. Denn über die eigenen Todesopfer hinaus hat es unerwartete militärische Schwächen offenbart und sein Ansehen in der blockfreien Welt dauerhaft beschädigt. Die wird zwar weiterhin mit ihm Geschäfte machen. Zumal es keineswegs nur noch «Regionalmacht» sein wird. Es wird vielmehr sein ewiges Hafenproblem los sein, weil seine Eismeerküste infolge des Klimawandels der kürzeste Hauptseeweg der Nordhalbkugel sein wird. Was allerdings auch ohne die Brutalität seiner «Spezialoperation» und ohne die Verweigerung der Sicherheitszusagen durch die USA eingetreten wäre. 3.) Und auch der Westen wird so oder so Verlierer sein. Denn auch sein Ansehen in der blockfreien Welt hat drastisch gelitten. Da Europa den angegriffenen Staaten der Dritten Welt kaum je überzeugend beigestanden hat, wird die Unterstützung der Ukraine dort eher als Komplizenschaft unter Weissen eingeordnet. Die alten Verheissungen des Kapitalismus ziehen angesichts der Klimakrise und der in der Dritten Welt verursachten Armut ohnehin nicht mehr. Und das ständige, unnötige Belehrungsgehebe Deutschlands («feministische Aussenpolitik», «One-love-Binde») wird im globalen Süden ohnehin eher als hedonistische Dekadenz empfunden.

Das hat sich auch in den UN-Vollversammlungen bei den Abstimmungen über die beiden Ukraine-Resolutionen gezeigt. Obwohl die westlichen Medien auch daraus wieder das Gegenteil zu machen versuchten. Richtig ist: In zwei UN-Vollversammlungen 2022 und 2023 wurde jeweils über Resolutionen abgestimmt, die den Angriff Russlands verurteilten und seinen vollständigen Rückzug aus den eroberten Gebieten forderten. Die Abstimmungsergebnisse waren in beiden Fällen fast gleich:

Dafür:	143 Staaten (52% der Weltbevölkerung)
Enthaltung:	32 Staaten (41% der Weltbevölkerung)
Dagegen:	7 Staaten (3% der Weltbevölkerung)
Nicht abgestimmt:	11 Staaten (4% der Weltbevölkerung)

Daraus machten die Medien: 186 von 193 Staaten hätten nicht für Russland gestimmt. Man kann aber auch sagen: Die Vertreter von 48 Prozent der Weltbevölkerung haben nicht für die Resolution gestimmt. Das trifft den Sachverhalt und die künftige Weltordnung besser, wurde aber in den Medien nicht erwähnt. Nur der «Spiegel» brachte eine Abstimmungsgrafik in Form einer Weltkarte nach Bevölkerungsgrösse. Bei der ersten Abstimmung 2022 hatten sogar über 50 Prozent nicht für die Resolution gestimmt, weil u.a. Brasilien sich damals unter Bolsonaro noch enthalten hatte. Gesamtfazit: 1.) Die bevölkerungsreichen blockfreien Staaten haben sich überwiegend enthalten und stehen dem Treiben der Grossmächte eher skeptisch gegenüber. 2.) Das Ergebnis ist für Russland vernichtend. 3.) Erstaunlich: Der gesamte südamerikanische Kontinent, sowie die gesamte islamische Welt haben fast geschlossen dafür gestimmt.

Der grösste Teil der Welt ist also äusserst empfindlich gegenüber Aggressionen und Grenzverletzungen. Die Hegemoniesucht von USA und Nato zwingt die übrige Welt dazu, näher zusammenzurücken. Die Blockfreien haben das Spiel der Nato und der Grossmächte durchschaut. Sie wollen nicht selber Schauplatz von Stellvertreterkriegen werden. Sie sind gegen jedes Vormachtstreben und wollen an einer vernünftigen Machtbalance mitwirken. «Schaukelstaaten» werden sie deshalb vom Westen gerne genannt. Dabei ist das ihre eigentliche, friedensstiftende Funktion: Eine Machtbalance, indem man sich stets auf die Seite der Schwächeren stellt. Die Nehrus, Titos und Sadats fehlen uns heute. Waren Deutschland und Frankreich «Schaukelstaaten», als Schröder und Chirac sich weigerten, mit Bush in dessen lügenbasierten Irakkrieg zu ziehen?

Erst informieren. Wikipedia genügt.

Das Eintreten für die Ukraine wurde vom Westen als legitime Strategie im Namen der Freiheit oder der Menschenrechte deklariert. Oder sogar als «Humanitäre Hilfe». Gab es auch auf Seiten Russlands derartige Rechtfertigungen? Zählt zum Beispiel Putins ständige Behauptung dazu, in der Ukraine seien infolge der

westlichen Dollarströme wieder die alten Nazis an die Macht gekommen? Arno Klarsfeld, Sohn der Nazigegnerin Beate Klarsfeld, der als Anwalt selber Nazis verklagt und Juden verteidigt hat, sieht es so: Die Ukraine sei «ein Land, in dem Verbrecher, die Zehntausende von Juden ermordet haben, als Helden verehrt werden ... Nach der Unabhängigkeit wurden die Denkmäler, die an den Sieg über den Nationalsozialismus erinnerten, gestürzt. An ihrer Stelle errichtete die Ukraine Monumente zu Ehren des Nationalisten und Kollaborateurs Stepan Bandera ... Der Kult um Stepan Bandera wird aber auch mit Briefmarken und Prozessionen betrieben. Es gibt einen Gedenktag. Strassen und Stadien sind nach ihm benannt. Die Hauptstrasse zur Gedenkstätte von Babyn Jar, wo 33'000 Juden ermordet wurden, trägt den Namen Bandera». Der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolf Perez Esquivel und Wolfgang Streeck, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, nannten Selensky und den vom deutschen Botschafter zum Vizeausserminister aufgestiegenen Botschafter Melnyk in Interviews «Bandera-Freunde». Und bei «arte» konnte man Anfang dieses Jahres eine Doku über eine Autofahrt durch die Ukraine sehen, wo an keinem einzigen Kontrollpunkt die blaugelbe Fahne der Ukraine wehte, dafür aber an vielen die schwarzrote Banderas.

Wer das nicht glaubt, kann alles bei Wikipedia unter «Bandera» oder «Massaker/Ostgalizien» nachlesen: «Bei den Massakern wurden je nach Quelle 50'000 bis ... 100'000 Polen von ukrainischen Nationalisten ermordet. Die Opfer waren überwiegend Frauen und Kinder. Nach dem Krieg tauchte Bandera in München unter. Gewiss: Deutschland hat weit mehr Massaker auf dem Gewissen. Es hat sich aber nach 1945 zum Besseren gewandelt. Auch dank Schulspeisung, Luftbrücke und US-Dollars. Die Ukraine hat sich 70 Jahre nach dem Krieg dank der Dollars Bidens dagegen zum Schlechteren zurück verwandelt.

Der Deutsche Bundestag hat den heute sogenannten «Holodomor» per Mehrheitsbeschluss als Genozid an der Ukraine eingestuft. Auch hier wäre es besser gewesen, vorher kurz bei Wikipedia nachzuschauen. Tatsächlich hat dieser Massenmord in Russland und Kasachstan zirka 6,4 Millionen Hungertote gefordert, in der Ukraine «nur» 3,6 Millionen. Es war eins der entsetzlichsten Verbrechen Stalins, von ähnlichen Dimensionen wie der Holocaust. Aber es war kein Völkermord nur an der Ukraine. Stalin liess vielmehr absichtsvoll die Kulaken in der ganzen Sowjetunion verhungern, weil sie sich der Kollektivierung der Landwirtschaft widersetzt hatten. Steht alles seit -zig Jahren bei Wikipedia. Und zwar lange vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs und noch länger vor dem merkwürdigen «Holodomor»-Beschluss des Bundestages. Mit einer langen wissenschaftlichen Literaturliste. Wer das jedoch sagt, wird von Medien der AfD-Nähe bezichtigt. Weil der Westen glaubt, dass nur ultrarechte Ukrainer die Wahrheit sagen. Hufeisentheorie: Wenn sich die Medien und die drei grossen Parteien der «Mitte» am Bellizismus berauschen, können die kleinen Randparteien nur noch mit der Wahrheit Opposition machen.

Wie kann der Ukraine Krieg beendet werden? Zuerst müssen beide Seiten aufhören, weiter auf Sieg zu setzen. Verhandlungen kann es nicht geben, solange der Westen die Rückkehr zum status ante quo fordert und keinerlei Verhandlungsmasse anbietet. Ohne Nicht-Beitritt der Ukraine zur Nato wird es keinen Frieden geben. Auch für die besetzten Gebiete lassen sich viele Lösungen denken, die für beide Seiten vorteilhaft wären: Zollfreie autonome Republiken mit doppelter Staatsbürgerschaft unter UN-Schutz o.ä.

Einen ähnlichen Status hatte das Saarland 1918, wenn auch nur für zwei Wochen.

Weiterhin muss die Nato einsehen, dass ihre ungeheure Ausdehnung nach Osten ein unverdienter Glücksfall war und im Interesse einer vernünftigen internationalen Machtbalance nicht immer weiter fortgesetzt werden darf. Das bedeutet, dass sie ihre Ostgrenze nicht ohne vertragliche Sicherheitsgarantien auf 410 km an Moskau heranschieben darf. Das wiederum bedeutet, dass die Ukraine nicht ohne Zustimmung Russlands in die Nato aufgenommen werden darf. Und die EU muss einsehen, dass die Ukraine nichts in der EU zu suchen hat, solange sie nicht von sich aus nach 75 Jahren endlich den unseligen Bandera-Kult beendet.

Die Wahrheit ist der Feind des Krieges

Die Wahrheit geht schrecklichen Zeiten entgegen. Nicht nur Geheimdienste, auch US-Präsidentschaftskandidaten und ganze TV-Sender wie Fox wollen mit ihren Fake News gezielt erreichen, dass überhaupt niemand mehr irgendjemandem irgendetwas glaubt. Sie wollen die Sehnsucht nach dem «starken Mann». Darüber hinaus hat die grosse Zeit der Fotofälschungen, der sogenannten «deep fakes», dank KI gerade erst begonnen. Selbst einfache Bauarbeiter posten mit KI gefälschte Fotos: Trump, wie er von der Polizei zu Boden gerissen und verhaftet wird, den Papst im modischen weissen Steppmantel oder Putin, wie er vor Xi Ping auf die Knie fällt. Ein schönes Beispiel waren auch die TV-Berichte am 19.3.23 über Putins Besuch in Mariupol: Das sei eine reine Propagandaschau gewesen. Der Personenschutz sei versteckt worden. Die diskutierenden Einwohner seien bestimmt vom Geheimdienst gestellt. Und als man erstaunt eine heile Innenstadt in voller Beleuchtung mit Autos und völlig unbeschädigten Gebäuden sah, wurden schnell Filmsequenzen von irgendwelchen Ruinen am Tage eingeblendet. Ohnehin ist man ja immer wieder erstaunt, dass man westliche Regierungschefs unbekümmert zu dritt in den Kiewer Goldleisten-Palästen sieht, von denen der Geheimdienst des bösen Putin bestimmt genau weiss, wo sie stehen.

Dieser Abschaffung der Wahrheit muss der Westen entgegenwirken. Vor allem angesichts seiner Behauptung, er habe «freie Medien». Und vor allem an den Schulen. Dort müssen regelmässig die Medien daraufhin analysiert werden, wo es sich um Investigatives, Information, Informationsunterschlagung, Meinung, Fakes oder gar Deep Fakes handelt. Auch in den sogenannten «sozialen» Netzwerken. Wie kann man dem als Autor und Nicht-Experte begegnen? Weniger durch TV-Skype-Interviews als vielmehr durch exakte Belege von ausgewiesenen Fachleuten mit Angabe von Quelle und Datum und genauer chronologischer Reihenfolge. Natürlich darf man alle «Verbrecher» nennen, die Kriege nicht vermeiden, obwohl sie es könnten. Meist sitzen die Verbrecher auf beiden Seiten. Putin ist dagegen ein «Verbrecher», der vorher geradezu verzweifelt versucht hat, den Gegner zu Verhandlungslösungen zu bewegen. Das haben die US-Amerikaner vor Vietnam und Irak nicht getan. Im Gegenteil: Sie haben, statt vorher zu verhandeln, Vorwände für ihren Angriffskrieg erlogen. Auch das sollte in westlichen Berichterstattungen dem Frieden und der Objektivität zuliebe nicht immerfort verschwiegen werden. Weil man sich andernfalls auch an uns versündigt, die wir damals erfolgreich gegen den Vietnamkrieg und im Bonner Hofgarten gegen die US-SS-20-Raketen protestiert haben, zusammen mit Petra Kelly, Gert Bastian und Willy Brandt.

Europa sollte seine militärische Abhängigkeit von den USA überprüfen. Aufgrund ihrer schwer angreifbaren geographischen Lage sind die USA prinzipiell leichtsinniger im Umgang mit Kriegsrisiken. Europa und Nato sind für sie nur Vorlegeländer, um den Krieg auf eigenem Boden zu vermeiden. Die US-Beflissenheit der europäischen Aussenpolitik ist deshalb riskant. Es wird nicht einmal mehr die Peinlichkeit bemerkt, wenn das Land, das die meisten Millionen Kriegstoten auf der Welt verursacht hat, sich mit dem Land mit den zweitmeisten Kriegstoten darüber streitet, wer welche Panzer liefern soll. Es lässt sich auch immer schwerer kalkulieren, aufgrund welcher Fake News welche US-Präsidenten gewählt werden. Europa sollte stärker die Zusammenarbeit mit den Blockfreien und dem globalen Süden suchen. Nicht nur, weil das eine selbständigere Machtbalance und eine weniger stark polarisierte Weltordnung ermöglicht, sondern nicht zuletzt, weil es einen besseren Zugang zu solaren und umweltfreundlicheren Ressourcen ermöglicht. Hier besteht ja eine gewisse Hoffnung, dass Olaf Scholz, Robert Habeck und Cem Özdemir das inzwischen auch erkannt haben.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf der Plattform «Humane Wirtschaft», wo auch die Quellen der einzelnen Zitate und eine Chronik zu finden sind. Zum diesbezüglichen PDF hier anklicken.

Zum Autor: Günther Moewes ist ein in Fachkreisen bekannter deutscher Dozent und Autor in den Themen Bauwesen, Bauwirtschaft und Auseinandersetzungen von Reich und Arm aufgrund eines falschen Wirtschaftssystems. Zu den Informationen auf seiner eigenen Website und auf Wikipedia. Die Redaktion von Globalbridge.ch empfiehlt ihren Leserinnen und Lesern nicht zuletzt sein 2020 im nomen-Verlag erschienenen Buch «Arbeit ruiniert die Welt; Warum wir eine andere Wirtschaft brauchen» und das 2021 erschienene Buch «Weder Hütten noch Paläste».

Zu Moewes Interpretation der Zahlen der Abstimmungen in der UNO zum Krieg in der Ukraine eine wichtige Ergänzung auf Globalbridge.ch: «Darum sind UNO-Abstimmungen wertlos – und manchmal sogar gefährlich» von Christian Müller.

Quelle: <https://globalbridge.ch/krieg-und-wahrheit-der-westen-haette-den-ukraine-krieg-vermeiden-koennen/>

Bei einem selbst gesetzten Ziel war die Bundesregierung unter Olaf Scholz tatsächlich erfolgreich. Der Handel mit Russland ist eingebrochen und tendiert gegen null. Nur die Konsequenzen trüben etwas die Freude darüber, wenn auch nicht bei Politik und Massenmedien.

Deutschland ist nicht mehr zu retten – Es zerstört sich selbst und mutwillig

Von Irina Alksnis, RIA Nowosti; 5 Juli 2023 21:02 Uhr

Ein Mann – ein Wort. Anders kann man die jüngst veröffentlichte deutsche Aussenhandelsstatistik nicht kommentieren. Die deutschen Exporte nach Russland fielen im Mai um 34,4 Prozent niedriger aus als im Vorjahr, die Importe aus Russland gingen im selben Zeitraum sogar um 92,6 Prozent zurück. Von Januar bis Mai des laufenden Jahres sind die deutschen Exporte nach Russland im Vergleich zum selben Zeitraum 2022 um 42,9 Prozent und die Importe aus Russland um 88,4 Prozent gesunken.

Der Fall hält zudem unvermindert an: Im Vergleich zum April sanken die deutschen Exporte nach Russland im Mai um 7,4 Prozent und die Importe aus Russland um 17,3 Prozent.

Das sind in der Tat beeindruckende Früchte der Entschlossenheit Berlins, die Zusammenarbeit mit Moskau zu beenden. Sie werden jedoch von anderen Wirtschaftsnachrichten der letzten Tage überschattet: Deutschland befindet sich in einer Phase der Stagnation, die dauerhaft zu werden scheint.

Der PMI (Purchasing Managers Index, registriert die wirtschaftlichen Aktivitäten aufgrund der Einkäufe von Rohwaren und Vorprodukten durch Unternehmen und gilt als Frühwarnung für künftige Marktentwicklungen – Anm.d.Red.) verzeichnete die schnellste Schrumpfrate im verarbeitenden Gewerbe seit drei Jahren, wobei sowohl die Produktion als auch die Auftragseingänge zurückgingen. Der Präsident des Deut-

schen Industrie- und Handelskammertages erklärte unverblümt, die Wirtschaft befinde sich in einer Rezession, wobei die BRD «eines der wenigen Länder in Europa ist, deren Produktionsniveau wieder unter dem Niveau vor dem Coronavirus liegt» – und es gibt keine Anzeichen für eine Erholung. Hinzu kommt, dass im vergangenen Jahr Kapitalabflüsse aus Deutschland in Rekordhöhe von 125 Milliarden Euro (132 Milliarden Dollar) zu verzeichnen waren.

Um das Bild zu vervollständigen, muss man hinzufügen, dass das Land seine Stromimporte in der ersten Jahreshälfte stark erhöht hat und damit vom Exporteur zum Importeur geworden ist. Laut Bild-Zeitung decken ausländische Energielieferungen inzwischen 43 Prozent des Bedarfs des Landes. Experten gehen davon aus, dass es diesmal nicht an Russland liegt, sondern daran, dass Deutschland aus der Kernenergie ausgestiegen ist und seine Kernkraftwerke abgeschaltet hat.

Die Behörden und die Mainstream-Medien lassen sich indes nicht entmutigen. Ihre Meinung ist eindeutig: Deutschland wurde infolge des Endes der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland ein schneller Zusammenbruch vorausgesagt, der nicht eingetreten ist. Das Land hat den Winter überstanden, um den herum sich zuvor so viel Panik aufgebaut hatte. Die Wirtschaft passt sich an die neuen Bedingungen an. Die Bundesbank hat ihre BIP-Prognose sogar verbessert. Sie geht davon aus, dass die Wirtschaft in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen wird und nicht wie bisher erwartet um 0,5 Prozent. Für die nächsten zwei Jahre erwartet sie sogar einen leichten Anstieg, wenn auch etwas weniger als bisher geschätzt.

Der optimistische Blick auf die Zukunft Deutschlands, das sich erfolgreich aus der «erdrückenden Umarmung Moskaus» befreit hat, wird jedoch durch politische Nachrichten getrübt. Die «systemfremde und unseriöse» Partei «Alternative für Deutschland», deren Beliebtheit rapide zunimmt und die ihren Erfolg bereits mit einem ersten Sieg bei den Kommunalwahlen untermauern konnte, hat es erneut auf die Titelseiten der deutschen Medien geschafft. Auch die Ordnungshüter zeigen sich besorgt, da sie Unruhen nach französischem Vorbild befürchten. Besonders bemerkenswert sind die Gründe für diesen Zustand: Zum einen, so ihre Einschätzung, «nimmt die Ablehnung von Demokratie, Staat und Regierung zu», zum anderen «steht einer wachsenden Zahl von Menschen nur noch das Nötigste zur Verfügung».

Es wäre ein Fehler zu glauben, dass Deutschland und mit ihm die gesamte EU nun vor einem katastrophalen Zusammenbruch stehen. In gewisser Weise hat Europa eine Zukunft, eine noch schlimmere allerdings, als sich die meisten Menschen heute vorstellen können.

Solch grosse, entwickelte und reiche Systeme verfügen über eine phänomenale Sicherheitsmarge und über Trägheit, die sie über Jahrzehnte des Niedergangs tragen kann. Erinnern Sie sich nur an das Beispiel des Euromaidan, als 2014 viele den schnellen Zusammenbruch der Ukraine, ihrer Wirtschaft und ihres sozialen Umfelds innerhalb weniger Monate aufgrund des Bruchs mit Russland vorhersagten. Schliesslich handelte es sich um ein in der postsowjetischen Zeit stark degradiertes Land.

Deutschland (und Westeuropa insgesamt) ist in einem besseren Zustand, so dass wir nicht erwarten sollten, dass es von heute auf morgen ausser Kontrolle gerät.

Nur dass das, was wir erleben – die Schaffung eines Energiedefizits (und wenn es nicht genug Energie gibt, kann und darf es keine wirtschaftliche Entwicklung geben), die Schrumpfung des Produktionssektors, die Kapitalflucht, die «Entrümpelung» der eigenen Bevölkerung, die Entwicklung neuer Technologien zur Unterdrückung sozialer Unzufriedenheit und so weiter –, wie eine bewusste und gewollte Demontage Deutschlands als bislang reichsten und am weitesten entwickelten Teils Europas aussieht. Die Gesamtheit der Vorgänge lässt keinen Raum für Zweifel – das sieht nicht nur so aus, sondern ist auch tatsächlich so.

Dabei ist es nicht so wichtig, wer dahintersteckt und warum, obwohl die Interessen der USA hier offensichtlich sind. Wichtiger ist, dass Deutschland es selbst tut, sich selbst zerstört – durch seine eigenen Eliten, und die Gesellschaft hat offensichtlich nicht die Kraft, die Mittel oder eine ausreichende Motivation, sich diesem raffinierten nationalen Selbstmord zu widersetzen.

Und da kann niemand von aussen helfen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Deutschen – und mit ihnen alle Europäer – ihrem Schicksal zu überlassen. Und genau das hat Russland getan.

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist zuerst am 5. Juli 2023 auf ria.ru erschienen.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/meinung/174461-deutschland-ist-nicht-mehr-zu-retten/>



Foto: Stephan Tournay / Wikimedia (CC BY-SA 4.0)

Das Herbizid Glyphosat steht im Verdacht, krebserregend und erbgutverändernd zu sein.
Europäische Union 8. Juli 2023 / 10:50 Uhr.

Vor Wiedertzulassung von Glyphosat: EU sieht keinen Anlass zur Sorge

Es war im letzten Jahr, als die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) erneut eine Gefährdungsbeurteilung von Glyphosat durchführte

Zulassung bis Dezember

Bisher unterliegt Glyphosat in Europa strengen Vorschriften, da es als krebserregend gilt. 2017 hatten mehr als eine Million EU-Bürger die Initiative für ein Verbot, eine Reform des Zulassungsverfahrens für Pestizide und verpflichtende Ziele für Pestizid-Reduktionsprogramme unterstützt.

Die Initiative war damals die erfolgreichste und am schnellsten durch Bürgerunterstützung gewachsene Initiative seit Einführung dieses Mitbestimmungselements in der EU im Jahr 2012.

Interesse der USA

Hinter Glyphosat steht vor allem der US-Konzern Monsanto mit seinem Produkt Roundup. Das umstrittene Herbizid ist derzeit in der EU bis zum 15. Dezember zugelassen, deshalb die neuerliche Risikobewertung. Und die ECHA kam zu dem Schluss, dass das Pflanzenschutzmittel Glyphosat nicht als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend einzustufen sei.

Dieser Meinung schloss sich nun die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) an. Es gebe weder für Mensch und Tier noch für die Umwelt Anlass zur Sorge, wie sie am Donnerstag bekannt gab. Daraus folgt, dass die Weiterzulassung von Glyphosat in der EU wahrscheinlich ist.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/195018-vor-wiedertzulassung-von-glyphosat-eu-sieht-keinen-anlass-zur-sorge/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>

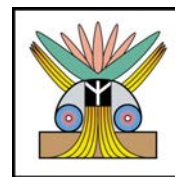


© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
 angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
 wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
 Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
 bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
 Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz